

Schweiz als Milchkuh?

Referendum gegen Ost-Milliardenzahlung



Bernhard Hess,
Nationalrat
und SD-Zentral-
präsident, Bern

«Es kann nicht geleugnet werden, dass der Bundesrat seinerzeit die so genannte Kohäsionszahlung von einer Milliarde Franken zu Gunsten der neuen EU-Oststaaten beschlossen hat, um den Abschluss der Bilateralen II zu forcieren. Eine solch gigantische Zahlung trägt aber schon fast die Züge einer Schmiergeldaktion.

Empörend und skandalös ist auch die Tatsache, dass sich die EU ganz offensichtlich nicht mit dem von den spendablen Bundesräten Calmy-Rey und Deiss versprochenen Milliarden Geschenk zu Gunsten

POSTCODE 1

AZB 3001 Bern

der neuen EU-Oststaaten zu Frieden geben wird. Offensichtlich sind die EU-Bürokraten jetzt auf den Geschmack gekommen und wollen den Goldesel Schweiz noch mehr auspressen. Schon heute werden weitere Gelder gefordert. Man spricht von mehreren hundert Millionen, die die Schweiz für die Erweiterung der bilateralen Verträge auf Rumänien und Bulgarien bezahlen muss. Und diese Gelder, da müs-

sen wir uns überhaupt keine Sorgen machen, werden durch die spendable Schweiz nicht nur versprochen, sondern wirklich auch pünktlich bezahlt. Es ist zu befürchten, dass, solange sich die EU im Osten ausdehnt, Geldforderungen der Europäischen Union künftig auch für Kroatien, Serbien, Montenegro, Albanien, vielleicht einmal für die Ukraine und – möglicherweise früher als es uns lieb sein wird – für die Türkei kommen. Denn all diese Länder haben einen beträchtlichen wirtschaftlichen Rückstand auf die mitteleuropäischen Staaten und sind dankbare Empfänger von grosszügigen EU-Finanzspritzen.

Gebrochene Versprechen

Offensichtlich ist unsere Landesregierung jedoch nicht in der Lage, Milliarden-Steuer Gelder, die sie ohne mit der Wimper zu zucken ins Ausland verteilt, auch mit Gegengeschäften zu verknüpfen. So könnten die beschenkten EU-Bürokraten auch mal darauf hingewiesen werden, dass die Diskriminierung des Flughafens Zürich-Kloten endlich eingestellt sowie die Steuerhoheit der Kantone auf Dauer endlich vertraglich garantiert wird.

Auch das seinerzeitige Versprechen des Bundesrates, die Kohäsionsmilliarde werde budgetneutral finanziert, ist längst gebrochen. Einzelne wortbrüchige Bundesräte, eine beträchtliche Anzahl von Ratsmitgliedern und auch die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats fordern, die Milliarde sei durch Erträge aus der Zinsbesteuerung und der EU-Osterweiterung zu finanzieren. Das ist doch ein fauler Taschenspielertrick! So gehen uns die einzigen möglichen finanziellen Errungenschaften, die uns die so nachteiligen Bilateralen Verträge II bringen, endgültig wieder verloren. Zudem muss erwähnt



Nicht nur in Afrika, auch in Osteuropa sollen zukünftig Schweizer Spendengelder in Milliardenhöhe versickern. Stoppen wir diese fragwürdige Milliardenzahlung mit dem Referendum! (Bild: secco)

werden, dass die behaupteten Mehreinnahmen und Minderausgaben rein fiktiver und spekulativer Natur sind. Diese Tatsache jedoch interessiert in diesem hohen Haus offensichtlich niemand.

Das ganze Theater um die Ost-Kohäsionsmilliarde zeigt, wie nachlässig mit Steuergeldern und vor allem mit der Wahrheit umgegangen wird. Um so mehr muss dieses skandalöse Milliarden-theater nötigenfalls mit einem Referendum, gestoppt werden. Die Schweizer Demokraten werden ein

Fortsetzung Seite 2

Démocrate  Suisse
Pages 13–15



Wahlen Kanton Bern:
SD-Liste unverändert –
«Damit Bärn
Bärn bleibt»

Inhalt

- 2 Der Iran im Fadenkreuz
- 4 Schluss mit dem Etikettenschwindel
- 6 Swisscom in der Globalisierungsfalle
- 7 Volle Gefängnisse
- 8 Aus den Kantonen
- 11 Veranstaltungskalender
- 12 Der Leser hat das Wort

Der Iran im Fadenkreuz

Der Monatskommentar von e. Nationalrat Valentin J. Oehen-Christen, Köniz

Im Klappentext des soeben erschienen Buches «Der Kampf um das Öl» von Robert H. Motzkuhn lesen wir:

«In den letzten Jahren hat sich der weltweite Kampf um das Öl verschärft. Nicht von ungefähr sind die Länder mit den grössten bekannten Vorkommen dieses wichtigen Rohstoffes wie der Irak oder die Gegenden um das Kaspische Meer zu Dauerkrisengebieten der Weltpolitik geworden. Zugang zu genügend Erdöl ist eine der wichtigsten Voraussetzungen moderner Industriestaaten geworden, und in kaum einer anderen Branche kann soviel Profit gemacht werden wie beim Geschäft mit dem «schwarzen Gold». Daher ist es kein Wunder, wenn Kreise des Grosskapitals skrupellos sogar Kriege vom Zaun brechen, um an die grossen Ölreserven unserer Erde heranzukommen. Öl ist Macht und verschafft Reichtum.»

Schweiz als Milchkuh?

Fortsetzung von Seite 1

solches, das möglicherweise durch die Lega dei Ticinesi lanciert wird, tatkräftig mittragen. Den Nationalrat bitte ich, auf die folgenschwere Milliarden-Schmiergeld-Vorlage im Rahmen des so genannten Osthilfegesetzes nicht einzutreten.»

(Votum von

SD-Nationalrat Bernhard Hess, zum Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas vom 13. März 2006)

Referendum gegen Ost-Milliarde

Leider hat das Parlament der Gewährung von vorerst einer Milliarde Steuerfranken an die neuen osteuropäischen Staaten überdeutlich zugestimmt, so dass das Referendum ergriffen werden muss. Inzwischen wurde bekannt, dass die Lega dei Ticinesi dieses federführend ergreift. Bereits jetzt können Sie auf unserem SD-Sekretariat Unterschriftenbogen gegen die Ost-Milliarde bestellen, die Ihnen raschmöglichst beim Referendumsstart zugesandt werden. Einen Bestelltalon finden Sie auf der letzten Seite 16. Auch müssen wir auf den beiliegenden Einzahlungsschein hinweisen. Ihre Spende fliesst vollumfänglich in den Referendumskampf gegen die Ost-Schmiergeldmilliarde.

Da im Nahen Osten die bedeutendsten nachgewiesenen Ölreserven liegen, ist es auch nicht verwunderlich, dass die derzeit einzige Weltmacht USA, die zudem äusserst energiehungrig ist, die unumschränkte Kontrolle über diese Gebiete erobern will.

Nachgewiesene Ölreserven Ende 2004 in Milliarden Barrel

Iran	132,5
Irak	115, -
Kasachstan	39,6
Libyen	39,1
Und zum Vergleich	
Nigeria	35,3
Algerien	11,8
Brasilien	11,2
Russland	72,3
China	17,1
Kanada	16,8

Die täglichen Netto-Ölimporte der Vereinigten Staaten betragen 2004 13 Mio Barrel.

Dieser Einfuhrbedarf steigt kontinuierlich an. Im Jahre 1994 – also nur 10 Jahre früher – betrug er 8,7 Mio Barrel pro Tag. Gleichzeitig sind auf dem Weltmarkt neue Grossverbraucher in die Arena gestiegen. Man denke etwa an das 1,3-Mia-Volk der Chinesen, das noch gewaltig untermotorisiert ist, sich aber auf einer atemberaubenden Aufholjagd befindet. Oder an Indien, Japan und Südkorea. Die vier genannten Länder importieren zur Zeit zusammen täglich 11,8 Mio Barrel. Vor allem der Bedarf Indiens, das nur bescheidene eigene Vorräte besitzt, hat sich in 25 Jahren bis 2004 vervierfacht. Es importierte 2004 1,5 Mio Barrel pro Tag.

Mit diesen Hinweisen mag angedeutet sein, wieso die derzeitige US-Regierung, deren Interessen mit denen der Ölmultis eng verflochten sind, so unglaubliche Engagements im öleichen Vorderen Orient eingeht und den israelischen Vorposten schon fast bedingungslos unterstützt.

Die politischen Methoden der USA

Die Geschichte der USA ist eine brutale Geschichte der Eroberungen und der Kriege. **Malte Olshewski** schreibt in der Einleitung zu seinem Buch «Kanonen, Bomben und Durchwiesung»:

«Die United States haben seit ihrer Gründung 1776 etwa hundert Angriffskriege mit Landung von Truppen oder Bomben aus der Luft geführt. Die genaue Zahl ist schwierig zu ermitteln, denn die

USA haben noch mehr geheimdienstliche Operationen zur Sicherung ihrer Einflussphären unternommen. Mit Ausnahme der britischen Strafexpedition 1812 ist das Territorium der USA nie bedroht oder von fremden Truppen besetzt worden.

Kriege sind das Schicksal und die Sendung der USA. Die Vereinigten Staaten scheinen im Krieg eine permanente Bestätigung ihrer Auserwähltheit zu sehen. Sie sind ununterbrochen auf der Suche nach echten oder vermeintlichen Feinden. Viele kleinere Kriege, darunter zwei Dutzend Militärinterventionen in Zentralamerika und in der Karibik, sind heute schon vergessen.»

Und an anderer Stelle:

«Der Krieg mit Bomben und Kanonen ist ab 1945 durch neuartige Angriffe gegen die nationale Identität der «Anderen» ergänzt worden. Die USA führen nun ohne Unterbrechung indirekte Kriege mit den «sanften» Waffen der Durchwiesung. Das ist die Durchdringung als schleichende Penetration. Das bedeutet auch eine Verschmelzung oder Gleichwerdung. Ihr sollt in der Umschlingung durch unsere globalen Institutionen so werden wie wir! Ihr sollt alle ein Abbild des Amerikaners werden! So lautet der moderne Marschbefehl. Dieser subkutane Krieg hat keine Fronten. Er kennt keinen Waffenstillstand und keinen Friedensschluss. Seine Waffen sind globale Konzerne wie Coca Cola, CNN, Microsoft, Fastfood samt McDonalds und Starbucks, Hollywood, amerikanischer Slang, politische Korrektheit, der Dollar, Konkurrenzdenken und vieles anderes mehr. Dieser unblutige Krieg wird zur heimlichen Errichtung eines weltumspannenden Imperiums geführt, in dem ein gnädiger Kapitalismus regieren soll. Die USA wollen über die geschäftige Diktatur der Globalisierung die Welt durchdringen. Obwohl der Kommunismus als Konkurrenz und Korrektiv der USA untergegangen ist, hat das Pentagon die weltweite Truppenpräsenz weiter ausgebaut. Die USA unterhalten heute in rund sechzig Staaten Militärbasen. Die im Prinzip gewaltlose Durchwiesung wird von militärischen Offensiven gegen Regime ergänzt, die Widerstand leisten. 1982: Libanon – 1983: Grenada – 1986: Bomben auf Libyen – 1989: Panama – 1991: Erster Krieg gegen den Irak – 1993: Gescheiterte

Teilnahme an der UN-Mission in Somalia – 1994: Haiti – 1998: Marschflugkörper auf Sudan und Afghanistan – 1999: 78 Tage Bomben auf Jugoslawien – 2001: Krieg gegen Afghanistan – 2003 Zweiter Krieg gegen den Irak.»

«Ich bin ein Kriegspräsident» lautet das mehrfach wiederholte vermeintliche Selbstlob von G.W. Bush.

Offenbar ist dieser Mann, wie auch seine engsten Mitarbeiter, nicht fähig zu begreifen, welche Ungeheuerlichkeiten sich hinter den mutwillig vom Zaune gerissenen Kriegen verbergen.

Unendlich viel menschliches Leid, kulturelle Rückschläge im eigenen und in den angegriffenen Völkern, Hekatomben vernichteter materieller Werte und das Säen von Hass, der sich auf Generationen hinaus auswirken wird.

Im Nahen Orient gibt es heute zwei Musterbeispiele der US-Strategie und -Taktik.

Das Beispiel Irak

In den 1980er Jahren trieben die USA den Irak in einen acht Jahre dauernden Stellvertreter-Krieg gegen den Iran. Dieser Krieg war für die amerikanische Geschäftswelt höchst lukrativ und belastete die irakische Wirtschaft über alle Massen. Ausserdem verschuldete sich der Irak ganz gewaltig. Als Saddam Hussein dann 1989 mit den Amerikanern verhandeln wollte, um ein Wiederaufbauprogramm für das schwer geschädigte Land zu initiieren, war der Moment gekommen um den selbstbewussten Führer des Irak zu liquidieren. Mit den gemeinsten Tricks trieb man ihn in das Kuwait-Abenteuer und schuf die Voraussetzungen, um dieses Land endgültig unter Kontrolle zu bekommen.

Uns allen ist noch in Erinnerung wie mit Lügen, Betrug und Fälschungen Gründe für einen Angriff auf den Irak konstruiert wurden. Und so kam es zum ersten Golfkrieg. Dessen Ziel war es «die neue Weltordnung der Regierung Bush auf den Weg zu bringen». Im Wall Street Journal kommentierte James H. Webb, der frühere Marine-Oberbefehlshaber:

«Die Bush-Regierung hat mit Unterstützung von verschiedenen Seiten ... unsere Nation unerbittlich in einen Krieg manövriert.»

Und dann kamen 10 Jahre Embargo, eine unerbittliche Entreichung und Entwaffnung des Irak mit Hunderttausenden von toten Kindern. Zu diesen vermerkte die seinerzeitige Aussenministerin Madeleine Albright sarkastisch und gefühllos: «Es hat sich gelohnt!» Tatsächlich sprechen Fachleute



Hat der dritte Weltkrieg bereits begonnen?

von 19 Milliarden Dollar Nettoprofit für die USA durch den 1. Golfkrieg.

Und damit kommen wir zum 2. Golfkrieg.

George W. Bush übernahm das Präsidentenamt auf 2001 nach einer sehr heftig umstrittenen Wahl. Die Bush-Administration, die im Januar 2001 ihr Amt antrat, war durchdrungen von Vertretern von Öl- und Energie-Interessen wie keine andere Administration der jüngsten Geschichte der USA. Öl und Geopolitik hatten in Washington wieder absoluten Vorrang. Unterdessen wurde bekannt, dass bereits zehn Tage nach Bushs Amtsantritt der Irak das Hauptthema im Weissen Haus war. – Acht Monate vor dem Attentat in New York waren Bush, Cheney und sein Kabinett bereits auf der Suche nach Gründen zur Auslösung neuer Kriege. Damit wird der Verdacht immer begründeter, dass der 11. September eine Inszenierung war, um die Kriegsbereitschaft des amerikanischen Volkes zur erwirken. Der Kampf gegen den Terror, Osama bin Laden, Saddam Hussein und alle andern aus der «Achse des Bösen» bildet seitdem die Kulisse, vor welcher die amerikanische Welteroerungspolitik dargestellt wird.

Schon im September 2002 hatte das Weisse Haus eine neue «National Security Strategie of the USA» veröffentlicht, worin ein neuer Krieg mit dem Einsatz neuester Computer- und Kommunikationstechnik angekündigt wurde. Tatsächlich wurde der Feldzug gegen den Irak zu einer mit Massen von Dollars erkaufte Orgie von Verrat und Korruption, begleitet vom skrupellosen Einsatz modernster uranabreicherter Bomben gegen zivile Ziele im gequälten

Land. Die amerikanischen Verluste hielten sich denn auch sehr in Grenzen; über die Zahl toter und verletzter irakischer Soldaten und Zivilisten wurde und wird keine Statistik geführt.

Das Resultat des auf Lug und Irreführung der Weltöffentlichkeit durch die Amerikaner begründeten Krieges lässt sich kurz so zusammenfassen:

– Der Irak versinkt im Bürgerkrieg!

– Saddam Hussein und seine Führungsleute – soweit sie nicht umgebracht wurden – werden in einem Schauprozess zu Dämonen und Unpersonen degradiert!

– Die militärische Präsenz Amerikas in der Golf-Region zur Sicherung des Öls wird weiter verstärkt!
– Die Amerikaner, die sich so gern als Heilbringer und Förderer der Demokratie und der Menschenrechte darstellen, sind unglaubwürdig geworden. Sie werden als Macht wahrgenommen, die Ausbeutung, Hunger und Elend bringt.

– Die USA überlassen das Aufräumen des von ihnen angerichteten Chaos möglichst den Verbündeten und bereiten inzwischen den nächsten Feldzug mit den gleichen Mitteln vor.

Und das wird der Iran sein!

Dieser Krieg dauert de facto nun bereits über hundert Jahre mit verschiedener Intensität. Dabei ging und geht es konsequent um die Beherrschung und Ausbeutung der dortigen Ölvorkommen. Schon 1901 schwindelten die Briten dem australischen Ingenieur William Knox d'Arcy die Exklusivrechte für die iranischen Ölquellen ab. Seit 1919 hatten britische Berater, um ihr Monopol besser behaupten zu können, praktisch die Verwal-

tung des Landes an sich gerissen. Auf Fragen der iranischen Souveränität und ähnliche Kleinigkeiten konnte und wollte man dabei keine Rücksicht nehmen.

Im Zweiten Weltkrieg waren die Briten mit dem Iran besonders gemein umgesprungen. Sie überredeten Stalin, mit ihnen gemeinsam in den Iran einzufallen. Als Vorwand diente die Tatsache, dass eine Handvoll deutscher Ingenieure in dem neutralen Land tätig waren. Einen Monat nach dem Überfall dankte der regierende Schah ab; er galt als Freund der Achsenmächte. An seine Stelle kam sein Sohn Mohammed Reza Pahlevi, der den Besatzern mehr entgegenkam.

Die Besatzer schauten ruhig zu, wie Hunderttausende von Iranern verhungerten, da ihnen die Russen die Lebensmittel stahlen. Tausende erfroren im Winter 1944/45, weil in diesem Land mit seinem Ölreichtum das Heizöl fehlte!

Anlässlich der berühmten Erklärung von Teheran versicherten Stalin, Churchill und Roosevelt den Iranern die volle Souveränität nach dem Krieg. Gleichzeitig konnten diese jedoch in einem Leitartikel der Londoner Times am 2. November 1944 lesen, dass die drei Mächte England, Russland und die Vereinigten Staaten nach dem Krieg den Iran unter sich aufteilen wollten. Das brachte dem Führer der Nationalen Front, Dr. Mohammed Mossadegh, die nötige Unterstützung, um gegen die koloniale Ausbeutung seines Landes ernsthaft Front zu machen.

Alle Versuche der iranischen Regierungen (mehrere stolperten über die Ölfrage) zu einer vernünftigen, alle Seiten befriedigenden Lösung zu kommen, wurden von den Engländern kaltschnäuzig abgewiesen. So wurde schliesslich Dr. Mossadegh im April 1951 Premierminister. Gleich zu Beginn seiner Regierungszeit beschloss das Parlament die Nationalisierung der Ölvorkommen, stellte also die nationalen Interessen über jene von England.

Damit hatte sich Persien einer unverzeihlichen Sünde schuldig gemacht; wenigstens nach dem Urteil der Briten. Dies, obwohl der Iran – in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht – stets eine Entschädigung angeboten hatte.

England kündigte Vergeltung an, schickte Seestreitkräfte nach Abadan und verhängte schliesslich eine Wirtschaftsblockade gegen den Iran. Diesem Embargo, das mit Waffengewalt durchgesetzt wurde, schlossen sich auch die Ölmultis an. Damit waren auch die USA auf Seite der Engländer. Die Geheim-

dienste taten das Ihrige und so gelang es, den klar national gesinnten Dr. Mossadegh mit seiner Regierung zu stürzen und den Schah als Alleinherrscher einzusetzen. Dieser arbeitete dann ganz im Sinne der Ölmultis und gleichzeitig hatte die anglo-amerikanische Elite ein Exempel statuiert, wie es Entwicklungsländern ergehen würde, die eigene Interessen über jene Englands oder gar Amerikas setzen würden.

25 Jahre später, als sich der Schah vermehrt auf die Verantwortung gegenüber seinem eigenen Volke besann, wurde er mit den gleichen Methoden und durch die gleichen Kreise gestürzt und es kam

die Zeit der Mullahs mit Khomeini als Galionsfigur

Khomeini kam 1979 mit Hilfe der USA, GB und Frankreichs an die Macht und eröffnete seine Theokratie mit einem Blutbad gegen Andersdenkende und politische Gegner im Iran. Das darauf folgende wirtschaftliche Chaos war gewollt und diente der Erholung des Dollars und der Erträge der Ölmultis.

Trotz aller innenpolitischen Spannungen und dem von aussen aufgezwungenen jahrelangen Krieg mit dem Irak, gelang es dem 70-Millionen-Volk, das auf einer Fläche – so gross wie Frankreich und Deutschland zusammen – lebt, eine bedeutende wirtschaftliche, regionalpolitische und gesellschaftspolitische Entwicklung zu realisieren.

Grund genug, um deswegen und wegen seines Ölreichtums ins Visier der Amerikaner zu kommen. Mit der Rede an die Nation eröffnete Bush 2002 die «Kriegserklärung» an den Iran, indem er den Iran in die «Achse des Bösen» einordnete. Das Atomforschungsprogramm und der begreifliche Wunsch der Iraner, eine gleichwertige militärische Stärke innerhalb der Umrundung durch Atommächte zu erreichen, dient dabei als Vorwand für die Anfeindungen.

Während z.B. Israel schon seit Jahren den Iran mit seinen Atomwaffen offen bedroht, die amerikanische Regierung vom Einsatz von bunkerbrechenden Atomwaffen spricht und sogar davon, sich aus dem Atomsperrvertrag zu verabschieden, um jederzeit irgendwo auf dieser Welt präemptiv (welch schönes Wort!) seine überlegene Waffentechnologie einsetzen zu können, soll sich der Iran mit einer traditionell bewaffneten Armee begnügen. Kommt dazu, dass die iranische Führung mehrfach erklär-

Der Iran im Fadenkreuz

Fortsetzung von Seite 3

te, sie würde niemals (aus religiösen Gründen) als erste Atomwaffen einsetzen.

Die aktuelle Kriegsgefahr – oder – Hat der dritte Weltkrieg schon begonnen?

Im Januar 2003 unterzeichnete Bush eine geheime präsidentiale Anweisung, Conplan 8022-2. Dieser Plan sieht einen hochkonzentrierten Schlag mit Bombardierungen, mit elektronischer Kriegsführung und Cyber-Angriffen vor. Gleichzeitig soll die gesamte Stromversorgung eines Landes vernichtet werden, damit jede interne Kommunikation verunmöglicht wird und die Computer-Netzwerke lahmgelegt werden. Darin eingeschlossen ist ausdrücklich der Einsatz nuklearer «Mini-nukes». Im Januar 2003 verfügte Bush den «full spectrum global strike», womit zusätzlich die Kriegsführung aus dem Weltraum vorgesehen wird.

Der Einsatz präemptiver Kriege wurde damit zur offiziellen Doktrin erhoben, um die amerikanische Vorherrschaft auf der Welt zu sichern. F. William Engdahl, der bekannte Buchautor, kommentiert dies so:



«Der grundsätzliche Wechsel in der US-Verteidigungsdoktrin seit 2001 von der Verteidigung zum Angriff hat die Schwelle zum Atomkrieg jedenfalls beträchtlich gesenkt, vielleicht sogar die Schwelle zu einem weltweiten atomaren Krieg.» Und an anderer Stelle: «Wenn die Bush-Cheney-Rumsfeld Achse es riskieren würde, einen Atomschlag gegen den Iran zu führen, würde das im heutigen geopolitischen Kontext einen «Point of no Return» in den internationalen Beziehungen bedeuten. Bushs Strategie der präemptiven Kriege beinhaltet die Gefahr, dass wenn jemand wie der Iran den US-Bluff mit einem ernstzunehmenden Reaktionspotential herausfordert, die USA kaum eine Alternative haben, als den undenkbbaren Atomschlag tatsächlich zu lancieren.»

Die Frage, ob der dritte Weltkrieg schon begonnen habe, ist nur zu beantworten, wenn die Kriege der letzten 15 Jahre als Schlachten im Kampf um die Weltherrschaft betrachtet werden. Die Analyse aller Vorfälle, die zum Bosnienkrieg, zum Krieg in Afghanistan, zum Irakfeldzug und jetzt zum drohenden Irankrieg geführt haben, zeigen einen einheitlichen Hintergrund. Die aktuellen Kriegstreiber um Präsident Bush sind die Spitze des Eisberges, der die Welt nicht zum Frieden finden lässt.

Die Dollarherrschaft – ein Kriegsgrund!

Das Studium der Finanzpolitik der USA, die widerwillig ertragene – weil erzwungene – Rolle des Petrodollar, die unglaubliche Verschuldung der USA mit der hemmungslosen Ausbeutung der übrigen Welt liessen und lassen unter dem Deckel gehaltene Spannungen entstehen, die sich früher oder später entladen werden. So könnte der Wunsch des Iran, eine eigene Ölbörse einzurichten, ebenso zur hasserfüllten Reaktion Washingtons beitragen, wie eine ähnliche Absicht Saddam Husseins zum 2. Golfkrieg geführt hat.

Die von Iran im Laufe des Monats März zur Eröffnung vorgesehene Ölbörse stellt in der gegenwärtigen Situation eine symbolische Bekundung von Irans Wunsch dar, weniger abhängig von der US-dominierten Dollar-Welt zu sein. Die wirklichen Kriegsgründe aber dürften einerseits in Israels Herrschaftsplänen im Nahen Osten (die Amerikaner benehmen sich in dieser Frage seit langem als die treuen Vasallen Israels!) und in der Energiefrage zu suchen sein.

Wenn sich schon die EU von den Amerikanern instrumentalisiert werden lässt (im Iran sind z.B. Mossad- und CIA-Agenten mit deutschen Pässen tätig!), müsste das die Schweiz als neutrales Land eigentlich nicht auch nachvollziehen.

Wie verletzlich zur Zeit unsere Neutralität geworden ist, zeigt die Tatsache, dass die UBS schon Ende Januar alle Konten von Iranern gekündigt hat. Sie hat damit in vorausseilendem Gehorsam gegenüber den USA signalisiert, dass sie sich bedingungslos der amerikanischen Politik unterordnet. Die kommenden zwei Monate werden zeigen, ob die Welt ein neues Drama – ausgelöst durch den masslosen Machtwillen Amerikas – erleben muss oder ob wir weiter an einer friedlicheren Welt arbeiten können.

SD-Vernehmlassungsantwort zur Aufhebung der Lex Koller

Schluss mit dem Etikettenschwindel

Das Gesetzeswerk wurde im Laufe der 60er (Lex von Moos) und der 70er Jahre (Lex Furgler) des letzten Jahrhunderts gegen den Ausverkauf der Heimat geschaffen. Sein Ziel war keineswegs die Verhinderung der Überfremdung des einheimischen Bodens, wie der Bundesrat seiner Botschaft unterstellt.

Die Behauptung, das Gesetz ziele auf die Verhinderung der Überfremdung des Schweizer Bodens ab, war immer eine Augenwischerei und wurde zum Kampf gegen die Initiative der Nationalen Aktion (NA) bei der Schaffung der Lex Friedrich 1983 eingeführt. Es ist darum schlicht falsch, wenn zur Begründung der Abschaffung der Lex Koller vom Bundesrat argumentiert wird:

«Eine Überfremdung des einheimischen Bodens lässt sich gesamtschweizerisch gesehen nicht ausmachen.»

Hingegen ist der Kampf gegen die totale Freigabe des Verkaufs an ausländische Interessenten oder internationale Investoren aktueller denn je. Wir kommen unten auf diese Problematik zurück.

Zweitwohnungsbau steigt

Die einheimische Bevölkerung der Tourismus-Gebiete der Kantone Wallis, Waadt, Tessin und Graubünden weiss, zu welchen neokolonialistischen Zuständen die freie Handelbarkeit des Bodens führt. Jedenfalls muss bei der geplanten Aufhebung der Lex Koller in verschiedenen Regionen mit einer weiteren spürbaren Steigerung des Zweitwohnungsbaus gerechnet werden, und zwar sowohl in Tourismusregionen als auch in städtischen Gebieten. In Tourismusregionen ist eine Konzentration der Nachfrage auf die grösseren und bekannteren Destinationen zu erwarten. Einerseits hängt dies mit der Klimaänderung zusammen, welche zu einer Verlagerung der Nachfrage in höher gelegene, schneesichere Ferienregionen führen wird. Andererseits ist im Tourismus mit einem verschärften internationalen Wettbewerb zu rechnen, in welchem sich mittelbis langfristig in erster Linie nur die grossen Ferienorte mit gut ausgebauten touristischen Angeboten und entsprechender Infrastruktur werden behaupten können. Bei einer allfälligen Aufhebung der «Lex Koller» wird sich darum als abseh-



Bei der Aufhebung der Lex Koller ist damit zu rechnen, dass der Nachfragedruck nach Liegenschaften und Zweitwohnungen stark zunehmen wird.

barer Effekt auch die ökonomisch bedingte Abwanderung weiterer grösserer Teile der bisher in den touristisch weniger entwickelten und darum weniger konkurrenzfähigen Regionen ansässigen Bevölkerung bemerkbar machen und sich negativ auf die Erhaltung der Bewirtschaftung dieser Gebiete auswirken.

Zwischen 1980 und 2000 ist auch in städtischen Gebieten die Zahl der Zweitwohnungen markant gestiegen. Es ist davon auszugehen, dass sich dieser Trend fortsetzen wird, denn der wirtschaftliche Strukturwandel wird weiterhin dazu führen, dass Beschäftigte häufiger die Arbeitsstelle wechseln, Wohn- und Arbeitsort immer weiter auseinander liegen sowie in Haushalten beide Partner an verschiedenen Orten berufstätig sind. Dies dürfte in Zukunft zu einer wachsenden Nachfrage nach Zweitwohnungen in Städten führen.

Steigende Immobilien- und Mietpreise

Eine hohe Nachfrage nach Zweitwohnungen führt zu steigenden Immobilien- und Mietpreisen, was es für die Einheimischen erschwert, attraktiven und erschwinglichen Wohnraum vor Ort zu finden. So werden die Einheimischen von den meist sehr zahlungskräftigen Zweitwohnungskäufern vom Wohnungsmarkt verdrängt. Zudem müssen die Gemeinden die Infrastruktur auf die

theoretische Maximalbelegung ausrichten, welche, wenn überhaupt, nur während eines Teils des Jahres erreicht wird. Dies kann zu überhöhten Infrastrukturkosten für die Gemeinden und damit zu einer klaren Benachteiligung der lokalen Bevölkerung und Wirtschaft und einer erhöhten Steuerbelastung führen.

Die zu beobachtende Überhandnahme der Zweitwohnungen führt vor allem in touristischen Regionen zu einer Reihe von unerwünschten Wirkungen. Die Lex Koller hat diese Entwicklungen in der Vergangenheit zwar nicht stoppen können, doch die geplante Aufhebung wird den Problemdruck merklich verschärfen.

Ebenso wird eine allfällige Aufhebung der «Lex Koller» der Liberalisierung des Immobilienmarktes und Lancierung der in diesem Zusammenhang zu erwähnenden derivativen Finanzinstrumenten, in Form von «Immobilienderivaten» durch Banken und Finanzdienstleister, zusätzlich spekulativen Charakter verleihen und den Preisdruck und die Preisniveaus somit unerfreulich erhöhen. Vergleichbare spekulative Effekte in der Immobilienbranche sind in den Vereinigten Staaten von Amerika seit Jahren zu beobachten.

Der Sinn des Gesetzeswerks

wurde vom Bundesrat 1960 wie folgt beschrieben:

«In der Schweiz ist der Boden besonders knapp.... Auf diesem von Natur engen und angespannten Bodenmarkt kann schon eine geringe und erst recht eine massive ausländische Nachfrage, oft buchstäblich «um jeden Preis», den Bodenpreis gefährlich in die Höhe treiben. Der höhere Bodenpreis wirkt sich als Teuerungsfaktor für die ganze Volkswirtschaft aus. Jede Bodenpreissteigerung leistet der Bodenspekulation und diese wiederum einer weiteren Preissteigerung Vorschub»...

und am 13. Dezember 1972 bekräftigte der Bundesrat die Situation vor dem Nationalrat mit folgenden Worten:

«Es ist für einen Kleinstaat einfach nicht möglich, Auffangbecken zu werden für alle.»

Es kann nicht bestritten werden, dass die Situation heute um ein Mehrfaches schlimmer ist als noch 1960. Im Jahre 1960 teilten sich 5,2 Millionen Menschen in die Lebensgrundlage «Boden der Schweiz». Heute sind es 7,5 Millionen, wobei die verfügbare Bodenfläche der Schweiz unterdessen durch die wilde Bauerei wesentlich vermindert wurde. Seit 40 Jah-

ren wird jede Sekunde 1 qm – meist des produktivsten Bodens – mit Beton versiegelt.

Es ist geradezu selbstmörderisch, wenn zusätzlich weiterhin jährlich ein Migrationsüberschuss von rund 50'000 Personen akzeptiert (gewollt) wird, damit die Wohnbautätigkeit rekordverdächtig weitergehen kann. Mit der Aufhebung der Lex Koller würde eine noch vorhandene Bremse der Selbstvernichtung durch Überlastung der natürlichen Lebensgrundlagen gelöst. Dagegen werden sich die Schweizer Demokraten mit aller Kraft wehren!

Lex Koller zeitgemäss oder nicht?

Die Gegner des Investitionsverbotes durch Ausländer in unseren Boden behaupten, dieses sei nicht mehr zeitgemäss. Doch schon heute lässt sich feststellen, dass sich die Flucht in die Sachwerte und ins Edelmetall abzeichnet. Somit ist es **höchst zeitgemäss, die Lex Koller weiterzuführen**. Nicht nur das, es wäre angezeigt, diese zu verschärfen, und den Immobilienmarkt vor dem zu erwartenden Fluchtkapital aus dem Ausland zu schützen. Zu überlegen wäre auch die Zweitaufgabe der Lex Celio (1972) und ihre Überführung ins ordentliche Recht.

Globalisierungsfalle

Zurzeit wird die Globalisierung mit allen Konsequenzen wie freie Handels- und Investitionsmöglichkeiten auf der ganzen Welt als unabwendbare, schicksalhafte Notwendigkeit dargestellt. Tatsächlich aber ist die Globalisierung ein neokolonialer Raub von Ressourcen der armen Länder. Niemand hat jedoch das Recht, dem andern die zum Leben notwendigen, natürlichen Grundlagen oder Ressourcen wegzukaufen oder gar gewaltsam zu entreissen. Die Schweiz ist im Sinne der natürlichen Lebensgrundlagen ein armes Land. Die geplante Aufhebung der Lex Koller wendet sich gegen die legitimen Interessen der Schweiz als freier und selbstbestimmter Staat. Die Schweizer Demokraten werden deshalb dem Ausverkauf der Heimat nicht tatenlos zusehen und das Referendum gegen die Aufhebung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland ergreifen.

Nachfrage wird steigen

Bei der Aufhebung der Lex Koller ist damit zu rechnen, dass der Nachfragedruck nach Liegenschaften, Zweitwohnungen und generell nach Grund und Boden, in den Kantonen und Gemeinden mit bereits heute hoher ausländischer



Das Kulturland weicht mehr und mehr den Siedlungen.

Nachfrage noch stark zunehmen wird. Darauf deutet die derzeitige hohe Ausschöpfung der Kontingente in den touristischen Kantonen hin. Gestützt auf Artikel 13 BewG kennen derzeit zahlreiche Gemeinden weitergehende Einschränkungen des ausländischen Erwerbs. In vielen touristischen Gemeinden gelten heute, unabhängig von der Kontingentierung auf Bundesebene, Maximalquoten für den Verkauf von Grundstücken und Wohnungen an Personen im Ausland. Bei der Aufhebung der Lex Koller werden diese Regelungen wegen Fehlens der Rechtsgrundlage hinfällig, so dass in diesen Gemeinden mit einem zusätzlichen Nachfragedruck durch Personen im Ausland zu rechnen ist. Zudem ist nicht abzuschätzen, wie sich die Nachfrage in Kantonen und Gemeinden entwickeln wird, in denen der Erwerb von Ferienwohnungen durch Personen im Ausland heute nicht zugelassen ist, weil sie nicht als Tourismusregionen gelten.

Bedenkliches Demokratieverständnis

Der Grundstückerwerb durch Personen im Ausland war immer eine politisch hart umkämpfte Angelegenheit. Wie erwähnt, scheiterte am 20. Mai 1984 die NA-Initiative «gegen den Ausverkauf der Heimat» nur ganz knapp in der Volksabstimmung, und zwar mit 837'987 Ja-Stimmen (48,9 Prozent) gegen 874'964 Nein. Vor etwas mehr als zehn Jahren wurde dank einem Referendum der Schweizer Demokraten eine Lockerung der Lex Friedrich mit 53 Prozent verworfen. Es zeugt von einem falschen Demokratieverständnis, etwas mehr als ein Jahrzehnt später ein Gesetz nun gänzlich aufheben zu wollen, das auch heute von einer klaren Mehrheit des Stimmvolkes getragen wird.

Schlussfolgerungen

Die Schweizer Demokraten lehnen die Vorlage zur Aufhebung der Lex Koller in aller Form ab. Sie verlangen vielmehr die Prüfung der Möglichkeiten der künftigen Abwehr von spekulativem, anlagensuchendem Kapital in der Schweiz bei einer allfälligen, aber zu erwartenden, künftigen Konsolidierung der Weltwirtschaft. Die vorgeschlagenen raumplanerischen Massnahmen gegen die Ausuferung des Ferienwohnungsbaus unterstützen sie.

*Bernhard Hess, Nationalrat,
Zentralpräsident*

Roland Schöni, Zentralsekretär

Einmischung der Kirchen

Bei der Einbürgerungsabstimmung und dem Referendum gegen die Personenfreizügigkeit mischten sich die Landeskirchen massiv in den Abstimmungskampf ein. Bereits heute politisieren Vertreter der Kirchen über die kommende Abstimmung über das revidierte Asyl- und Ausländergesetz. Schlimm ist, dass die Kirchen mit Gesetzesbruch drohen und sich nicht an die Entscheide einer Demokratie halten. Dies hat mich veranlasst, auf einen Artikel eines Pfarrers mit dem folgenden Leserbrief zu entgegnen.

Recht auf Zuflucht

(Entgegnung auf Leserbrief vom 27. Januar 2006)

In seinem Leserbrief droht Pfarrer Hans Jörg Fehle, Wattwil/St. Peterzell, mit Kirchenasyl, falls der Stimmbürger das revidierte Asyl- und Ausländergesetz befürwortet. Es stimmt schon nachdenklich, wenn sich Herr Fehle über einen

Volksentscheid hinwegsetzen will! Dies ganz nach dem Motto: Wir, die Kirche, sind der Staat im Staate und haben unsere eigenen Gesetze.

Noch immer wandern gegen 90 Prozent Ausländer unter dem Vorwand des Asyls in unser Land. Diese Leute sind nicht an Leib und Leben gefährdet. Die Schweiz ist deshalb verpflichtet diese Missbräuche zu bekämpfen, um Platz für echte Flüchtlinge zu schaffen. Pfarrer Fehle wäre zu empfehlen, doch vorerst die Roma-Familie von Rüslikon bei sich aufzunehmen. Gemäss Zürcher Regierungsrat kostete diese im Asylverfahren aufgenommene Familie den Steuerzahler schon weit über eine Million Franken. Allein mit der Beherbergung dieser «berühmten» Roma-Familie würde Pfarrer Fehle sowohl finanziell, wie auch mit seiner Nächstenliebe bald an seine Grenzen stossen.

Kurt Koller, Lichtensteig

Swisscom in der Globalisierungsfalle



Bernhard Hess,
Nationalrat
und SD-Zentral-
präsident, Bern

Der Bundesrat gibt vor, auf die Eigenständigkeit von Swisscom Wert zu legen. Trotzdem schlägt er keine Lösung vor, die diese Unabhängigkeit mittelfristig wirklich sicherstellen würde. Kurz- oder mittelfristig ist die Vorstellung plausibel, dass die Swisscom durch einen internationalen Telekommunikationsriesen oder eine Investorengruppe übernommen werden könnte. Die Folge: Der Abbau von Arbeitsplätzen wäre sehr wahrscheinlich, besonders in den Randregionen. Zudem würden viele Stellen mit hohem Mehrwert ins Ausland verlagert.

Mit welchem Verfahren der Bund auch seine Aktien verkauft, die kurz- oder mittelfristige Konsequenz davon wird die Übernahme der Aktienmehrheit und somit der Swisscom durch einen internationalen Telekommunikationsriesen oder ein Investorenkonsortium sein mit primär spekulativen Absichten. Der Telekommunikationsmarkt ist heute von einer Vielzahl von Übernahmen gekennzeichnet. Dies sind entweder grosse internationale Anbieter wie France Telecom, Deutsche Telekom oder internationale Investorengruppen. Gegenwärtig ist die Branche erneut Schauplatz von Akquisitionen. So hat im April 2005 die spanische Telefonica 51,1 Prozent der Aktien von Cesky Telecom übernommen. Ende Juli 2005 wurde der spanische Mobiltelefonie-Anbieter durch France Telecom übernommen. Ende Oktober 2005 hat Telefonica erfolgreich ein Kaufangebot für den britischen Mobiltelefonie-Anbieter O2 lanciert. Der Hauptanbieter in Dänemark, TDC, wurde aufgrund eines Ende Januar 2006 abgeschlossenen öffentlichen Kaufangebots von der amerikanisch-britischen Investorengruppe Nordic Telephone Company (NTC) übernommen. Aber auch die Schweiz hat verschiedene grössere und kleinere Übernahmen durch ausländische Unternehmen zu verzeichnen. So wurde im vergangenen Oktober der grösste Kabelanbieter der Schweiz, Cablecom, vollständig von der amerikanischen Investorengruppe Liberty Global aufgekauft. Zudem wurde im letz-

ten Herbst die auf Internet-Telefonie spezialisierte Zürcher Firma Media Streams von Microsoft übernommen.

Gesundes Unternehmen weckt Kaufinteresse

Die Swisscom ist ein finanziell gesundes Unternehmen mit guter Rentabilität, das sehr komfortable Gewinne erwirtschaftet. Und die Swisscom ist die grösste Telekommunikations-Anbieterin in einem wirtschaftlich starken Land mit einer bisher hohen Kaufkraft. So ist es vor dem genannten internationalen Hintergrund unvermeidlich, dass in naher Zukunft eine vollständige Privatisierung der Swisscom das Interesse grosser ausländischer Anbieter oder Investorengruppen wecken wird.

Eine Abgabe der Bundesmehrheit an den Swisscom-Aktien ist deshalb gleichbedeutend mit einer weiteren Abgabe eines grossen Teiles schweizerischer Identität und Souveränität an einen oder mehrere fremdbeherrschte Investoren, was ganz klar nicht im Sinne der Schweiz sein kann.

Gefährdete Arbeitsplätze

Eine vollständige Privatisierung und ihre Übernahme durch einen ausländischen Akteur wäre mit grossen Risiken für die heimischen Arbeitsplätze verbunden. So würde der voraussichtliche Rückgang bei den Investitionen vor allem in den Randregionen zu Personalabbau führen. Weiter wären bei der Übernahme durch einen anderen Kommunikationsanbieter vor allem bei der Forschung und Entwicklung Synergien zugunsten des neuen Besitzers und auf Kosten der Swisscom zu erwarten. Noch drastischere Schnitte wären bei einer Übernahme durch eine Investorengruppe beim Personal zu befürchten, denn naturgemäss besteht deren Unternehmenspolitik darin, die Gewinne für Aktionäre zu maximieren. Fast immer führt dies zu einer Reduktion der Lohnsumme des Unternehmens und somit zu Stellenabbau.

Konsequenzen für die Randregionen

Um für allfällige neu zuwandernde Unternehmen Attraktivität zu haben, oder auch nur die bestehenden halten zu können, sind ökonomisch schwächere Randregionen stark von Hochleistungs-Infrastrukturen abhängig. Dies gilt für Strassen- und Schienennetze ebenso wie für Post und Logistik. Ganz besonders gilt dies aber für



die Telekommunikationsinfrastrukturen, die im heutigen informationstechnologielastigen Umfeld marktentscheidende Primärfaktoren darstellen.

Zweifellos sind Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe in den Randregionen gegenüber ihrer zentrumsnahen Konkurrenz benachteiligt. Die meist abgelegenen Randregionen sind dünner besiedelt als Städte, was den Kreis möglicher Kunden nur schon deshalb einschränkt. Wenn diese Regionen künftig hinsichtlich des Telekommunikationsangebots zusätzlich benachteiligt würden, gerieten sie noch weiter ins Hintertreffen. Der Graben zwischen Stadt und Land, und damit das soziale Ungleichgewicht überhaupt, würde damit zweifellos grösser.

Flächendeckender Service Public gehört zur Schweiz

Für die Wohlfahrt, den Fortschritt und den Service Public einer Volkswirtschaft ist es entscheidend, welche Telekommunikationsinfrastrukturen ein Land besitzt, sowohl für die Bevölkerung wie auch für die Unternehmen. Ein guter, flächendeckender Service Public gehört seit jeher zum Selbstverständnis der Schweiz. So gehört es zu unserer Tradition und zu unserem Erfolgsrezept, dass alle überall im Land zum gleichen Preis qualitativ hoch stehende Leistungen beziehen können. Bei der Telekommunikation mit ihrem rasanten Technologiefortschritt ist es unvorstellbar, dass ein vollständig privatisiertes Unternehmen die Anforderungen erfüllt, die für unsere Wirtschaft, aber auch für die Attraktivität all unserer Wohngebiete entscheidend sind. So wird zwar ein privatisiertes Unternehmen die Mindestanforderungen der Konzession erfüllen. Qualitativ wird es aber nur für diejenigen Kunden oder geografischen Gebiete darüber hinausgehen, die dafür lukrativ genug sind.

Verlust der Einflussmöglichkeiten

Zieht sich der Bund bei der Swisscom vollständig zurück, verliert er damit jede direkte Einflussmög-

lichkeit, um die Entwicklung der Telekommunikation voranzutreiben oder den bisherigen Status Quo zumindest zu erhalten. Er wird nicht mehr sicherstellen können, dass technologischer Fortschritt in nützlicher Frist flächendeckend zur Verfügung gestellt wird. Dies bedeutet auch einen klareren Autonomieverlust zu Gunsten neoliberaler Interessen, die keineswegs im Sinne des grössten Teils des Schweizer Volkes sein können.

Flankierende Massnahmen nutzlos

Der Zusatzbericht über mögliche flankierende Massnahmen – in der Politik der Landesregierung in den letzten Jahren ein Zauberwort – zeigt, wie widersprüchlich die ganze Argumentation des Bundesrates ist. So wird auf der einen Seite wieder und wieder betont, dass eine Privatisierung der Swisscom keine Auswirkungen auf die Qualität der Telekommunikationsdienste in der Schweiz haben wird. Auch nicht auf die Arbeitsplätze und die Randregionen. Auf der anderen Seite werden flankierende Massnahmen vorgeschlagen. Die Landesregierung bejaht damit, dass die Privatisierung mit Konsequenzen verbunden ist wie:

1. dem Risiko einer Übernahme durch einen grossen Anbieter oder durch einen Finanzinvestor.
2. den Nachfolgekonzernen einer solchen Übernahme auf die Telekommunikationsdienste in der Schweiz und den Wirtschaftsstandort Schweiz.
3. der Gefährdung der Telekommunikationsgrundversorgung.

Die strategischen Ziele, die der Bund als Mehrheitsaktionär der Swisscom vorgibt, sind der einzige Garant, dass alle Zugang zu den bestehenden und neusten Technologien der Telekommunikation haben. Diese absoluten Möglichkeiten hat der Bund bei einer vollständigen Privatisierung nicht mehr. So kann er nur noch Verordnungen erlassen, die jeweils bei Inkrafttreten bereits überholt sind und den rasanten technologischen Fortschritten hinterherhinken.

Aus all diesen Gründen kommen die Schweizer Demokraten (SD) zum Schluss, dass die Abgabe der Bundesmehrheit an der Swisscom weder dem Wohl des Volkes, der Wirtschaft noch dem Wohl des Gemeinwesens dient. Ein allfälliges Referendum gegen die vollständige Swisscom-Privatisierung wird deshalb von den SD mitgetragen.

Volle Gefängnisse



Roland Schöni,
SD-Zentral-
sekretär und
Regierungsrats-
kandidat SD
Kanton Bern

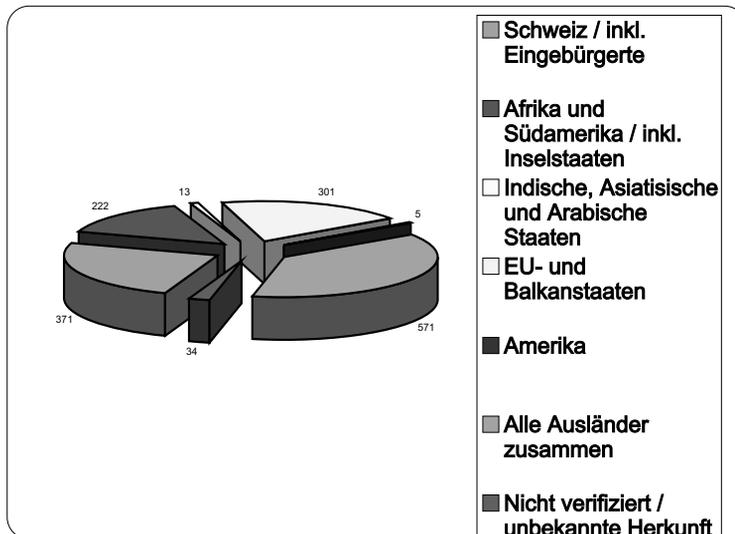
Tag für Tag wird die Arbeit der Fahndungs- und Kriminalpolizei durch «juristische» Personen wie z.B. Rechtsanwälte und Richter zu nichte gemacht. Täglich werden Dealer, Klein- und Gewaltverbrecher der Justiz überführt, die gleichentags, aus was auch immer für fadenscheinigen Argumenten, von den Haftrichtern auf freien Fuss gestellt werden. Was sind die Gründe hierfür, fragen wir uns Steuerzahler: «Hat das Banditentum einen höheren Stellenwert als Recht und Anstand?» Werden unsere Justizbeamten bedroht oder sind sie einfach Brüssel-obrigkeitshörig (Schengenverträge)? Sind die schwer verständlichen Handlungen unserer Juristen Willkür, oder basieren die Freilassungen auf Gesetzestexten? Wenn ja, müsste man denn nicht handeln und diese Missstände berichtigen? Die Polizeibeamten werden im gesamten nicht nur Gefahren ausgesetzt, nein, ebenso schlimm ist der Nachgeschmack der Hilflosigkeit (Resignation) die unsere Beamten erfasst. Warum wird all denjenigen, die für Grundsätze wie Recht und Anstand den Beruf des Polizisten ausüben, jegliche Motivation

genommen? Wir Schweizer Demokraten sind ganz gewiss nicht für einen Polizeistaat:

«Wir verlangen Präsenz von unserer Polizei, verlangen besseren Schutz für unsere Kinder, Frauen und betagten Schweizer Bürger. Daher dürfen wir Steuerzahler auch verlangen, dass die Arbeit der Juristen (oftmals mit Stipendien der öffentlichen Hand mitfinanziert) für Recht und Ordnung einsteht, und nicht Gaunern, Kriminellen und Schwerstkriminellen zu Straffreiheit verhilft. Es muss aufhören, dass Anwälte solchen Leuten Leistungen erbringen, die es ihnen ermöglichen, nach der Festnahme gleich wieder auf freien Fuss zu kommen oder einen Strafprozess bis zur Verjährung zu verzögern... Andere «Delikte» wie das Falschparkieren, sind auch so «Fälle», wo enorme Kosten für uns Steuerzahler anfallen, die eigentlich vermieden werden könnten.»

Beispiel: Wird eine Parkbusse gefällt, kann diese ab Franken 30.– in einen Hafttag umgewandelt werden. Per Fr. 30.– steigend, kommt ein zusätzlicher Hafttag usw. hinzu.

Was wir hier aufzeigen wollen ist Folgendes für den Kanton Bern: Eine Parkbusse von 30 Franken kann in einen Hafttag (sofern dieser angetreten wird) umgewandelt werden, was uns Steuerzahler das Umwandlungsurteil, die Verpflegung und unter Umständen die Haftergreifung kosten wird... soll heissen, für dreissig Franken Bussgeld müssen wir Steuergelder von



Kanton Bern ohne Stadt Bern

Haftstrafen nach Nationen (Stand per 14.01.2006)

Schweiz / inkl. Eingebürgerte	371
Afrika und Südamerika / inkl. Inselstaaten	222
Indische, Asiatische und Arabische Staaten	13
EU- und Balkanstaaten	301
Amerika	5
Alle Ausländer zusammen	571
Nicht verifiziert / unbekannte Herkunft	34

Durchschnittliche Verpflegungskosten pro Insasse / Tag			
1.00	28.00	28.00	Gesamt: 987 27636.00 pro Tag

Durchschnittliche Verpflegungskosten pro Insasse / Jahr			
365.00	28.00	10220.00	Gesamt: 987 10087140.00 pro Jahr

Nicht einberechnete Kosten für: Transport, Justizaufwand, Psychologen und Betreuer der Gefangenen, Arzt- und Spitalkosten, allgemeine Betreuung von Misshandelten und Schwerstgeschädigten.



Die Zahl der Insassen in Schweizer Gefängnissen hat im vergangenen Jahr einen Rekordwert erreicht. Mit 6111 Inhaftierten waren die Gefängnisse zu 93 Prozent ausgelastet. Ein Drittel der Inhaftierten befand sich in Untersuchungshaft. Eine Erhebung am 7. September 2005 bei 122 Anstalten und Institutionen zeigte, dass insgesamt 6111 Personen inhaftiert waren, 128 mehr als ein Jahr zuvor, wie das Bundesamt für Statistik mitteilte. Auf 100000 Einwohner kamen damit am Stichtag der Zählung 83 Häftlinge, verglichen mit 81 im Vorjahr und mit 71 im Jahr 2003. Dieser Quotient hat in den letzten zwei Jahren um zwölf Prozent zugenommen. Der Anteil der ausländischen Inhaftierten betrug 70,5 Prozent.

ca. 200 Franken Urteilstkosten kalkulieren, ohne dass dabei die Beamtenlöhne, evtl. psychologische Betreuung und Transport einberechnet worden wären. Rechnet man ein Quartal (3 Mt.) auf 400 Verzeigungen hoch, erhält man eine Summe von sage und schreibe 80000 Franken Staatskosten für einen Gegenwert von 12000 Franken. Ergibt einen Minusertrag für null Erfolg in der Höhe von 68000 Franken Steuergeld. Drastischer weisen sich die Kosten von Schwer-, Schwerst- und Gewaltverbrechern aus: Denn hier kommen noch psychologische, ärztliche und intensive Bewachungsbeträge und Fahrkarten hinzu.

Statistik per 14.01.06 siehe Kasten: Bei den als Schweizern aufgeführten Personen ist augenfällig, dass es sich bei den Inhaftierten Personen um eingebürgerte, also nicht heimische Namen handeln muss. Diese Personen müssen höchstwahrscheinlich vor kurzem, oder eventuell schon etwas länger zu «Schweizern» eingebürgert worden sein...

Da werden jetzt die «ewig Guten» aufschreiben und verkünden, dass die Insassen doch Arbeiten nachgehen und viel für die Gesellschaft und ihre Eingliederung leisten würden. Diese Argumentation ist für uns Schweizer Demokraten (SD) schlicht und einfach zu banal. Erstens wird niemand in der Schweiz zu einer Straftat gezwungen, zweitens sind die geleisteten Erträge dazu da, Instandhaltungskosten der «Haft-Hotellerie» mitzufinanzieren. Die Kosten für Wasser, Abwasser, Verpflegung, TV- und Radiogebühren (jeweils den Nationalitäten angepasst) werden gerne dem Steuerzahler übertragen. Demjenigen, der sich noch ein Eigenheim aus eigener, legaler Arbeit leisten kann, werden diese Dienstleistungen nebst den Steuern; «als Gebühren oder sonstige Abgaben aus dem Geldsäckel gefordert... und das mit Billigung der staatstragenden Regierungsparteien.»

Wohlgermerkt: Im Kanton Bern sind dies die SVP und FDP zusammen mit der SP und den Grünen.



Kanton Aargau



Baden vorläufig knapp an Scharia vorbei geschlittert

Vorbemerkung: Scharia ist die islamische Art der «Rechtsprechung», die in mehreren moslemischen Staaten offiziell praktiziert wird, u.a. im Sudan und diversen Staaten der arabischen Halbinsel, evtl. auch im Iran. Auspeitschen oder Steinigung von Ehebrecherinnen (merke: nur für das weibliche Geschlecht vorgesehen!) gehören ebenso dazu wie Abhacken von Händen und Füßen bei verurteilten Dieben.

Am 12. Februar fand im Bezirk Baden die Ersatzwahl für einen Bezirksrichter statt. (Bezirksrichter sind im Aargau Laienrichter, nur der jeweilige Gerichtspräsident muss ein Jurist sein.) Dass bei Richterwahlen eine Kampfwahl stattfindet, ist selten, meistens machen die (grossen) Parteien dies unter sich aus, so schön nach dem Prinzip «Sühäfeli – Sädeggeli»; diesmal stellte für die zurücktretende CVP-Richterin nicht nur die CVP einen Kandidaten, sondern auch die SVP und die Alternative Liste. Der Kandidat der letzteren wurde von der SP und dem Team (in Baden seit Jahrzehnten eine linke Partei, die jeweils etwa gleich stark wie die SP ist) unterstützt. Der CVP-Kandidat wurde auch von der FDP unterstützt, während der SVP-Kandidat ohne «Fremdunterstützung» blieb. Der erste Wahl-

gang ergab Erstaunliches: Trotzdem die SVP bei Exekutivwahlen in Baden jeweils schlecht abschneidet, erreichte deren Kandidat deutlich am meisten Stimmen (5660), der CVP-Kandidat 4385 und der AL-Kandidat (Alternative Liste) 3336 Stimmen. Der AL-Kandidat heisst Yahya Bajwa, ein ehemaliger Pakistani. Ich kenne Herrn Bajwa persönlich, wir haben längere Zeit im gleichen Haus gewohnt. In privatem Umgang ist er sehr umgänglich und anscheinend «integriert». Aber in der Öffentlichkeit sieht man ihn meistens bekleidet mit einem Beret-artigen «Spezialkäppi», offenbar ein religiöses Symbol. Er tritt überall auf, wo es um Ausländerfragen, so genannte «Integration» oder um Islam geht, in der Arena von SF DRS bereits mindestens zweimal, zuletzt Ende Februar, wo es um Islam und Integration ging. Er hat sich auch schon mehrmals in den Aargauer Medien zu Wort gemeldet, u.a. wenn es darum ging zu «beweisen», wie friedlich der Islam sei und dass Islam ja eigentlich «Friede» bedeutet. Ob Bajwa für den zweiten Wahlgang im Mai wieder antritt, steht noch nicht fest. Vorerst ist der Bezirk Baden jedenfalls vor der Einführung der Scharia verschont geblieben.

Dr. Dragan Najman, Baden



Kanton Bern



YB-Tram

Unbequeme Politiker müssen damit leben, dass ihre Visionen manchmal erst Jahrzehnte später in die Realität umgesetzt werden. Späte Genugtuung erfährt in diesem Fall SD-Nationalrat Bernhard Hess, der vor mehr als zehn Jahren im Stadtrat mit der Idee eines YB-Trams scheiterte. Heute schmückt sich ein «Nünitram» mit den Farben des BSC Young Boys.

Ein Blick zurück: Der damals frischgebackene SD-Stadtrat Bernhard Hess wollte am 24. März 1994 mit seinem Postulat «Bern steht zu YB / «Nünitram» mit Young



Boys-Anhänger» seinem bevorzugten Fussballclub einen Liebesdienst erweisen. Sogar der Gemeinderat war bereit, den Vorstoss zur Prüfung entgegenzunehmen. Unterstützt wurde das SD-Postulat zudem auch von der FDP. So verhielt sich FDP-Stadtrat Peter Bühler wohlwollend dem Projekt gegenüber und wünschte sich in einer humorvollen Rede viele Tore für die Young Boys und auch gelb-schwarze Sponsoren für die Stadtkasse. Doch auch, weil aus der falschen politischen Ecke, wurde diese Idee von einer erdrückenden rot-grünen Mehrheit abgelehnt. Umso mehr freut sich Bernhard Hess Jahre später darüber, dass seine Vision von damals jetzt doch noch in Erfüllung ging, und besucht die Heimspiele seiner Young Boys bevorzugt im gelb-schwarzen «Nünitram».

Wahlen Kanton Bern:

SD-Liste unverändert



Machen Sie nicht die Faust im Sack. Gehen Sie am 9. April 2006 unbedingt an die Urne, oder wählen Sie ab sofort brieflich.

Sie helfen unserer heimatstreuen Politik am besten, wenn Sie die SD-Liste 7 unverändert einlegen.

Kopf hoch Bern!



www.sd-bern.ch

Heimat im Herzen

Roland Schöni in den  Regierungsrat

Schweizer Demokraten

SD fordern griffige Anti-Antifa-Massnahmen

Mit Empörung nehmen die Schweizer Demokraten (SD) der Stadt Bern zur Kenntnis, dass die Stadtbehörden nach wie vor mit Antifa-Aktivistinnen Verhandlungen führen, obwohl diese keinerlei Gesprächsbereitschaft zeigen.

Die SD fordern die Polizeidirektion auf, sämtliche Geheimverhandlungen mit dem Antifa-Umfeld unverzüglich einzustellen. Vielmehr muss der Antifa unmissverständlich klargemacht werden, dass die Stadt Bern keine gewalttätige

Demonstration am kommenden 1. April 2006 dulden wird. Die Stadtbehörden sollen klar und bestimmt kommunizieren, dass sämtliche illegalen Zusammenrotungen unverzüglich aufgelöst werden und die Rädelsführer mit der ganzen Härte des Gesetzes rechnen müssen. Niemals werden die SD weitere unbewilligte Antifa-Saubannerzüge durch die Berner Innenstadt dulden.

Dieter Beyeler, Stadtrat, SD-Pressesprecher Stadt Bern

**Kanton Bern****Heimattreue SD-Stabübergabe?**

Seit mehr als einem Jahrzehnt sind die SD-Ehegatten Hans-Peter und Lydia Riesen ein sicherer Wert auf der politischen Bühne der Stadt Bern und des Nordquartiers. Nun tritt Hans-Peter Riesen aus beruflichen Gründen aus dem Grossrat zurück. Folgt ihm wiederum die Ehegattin Lydia Riesen?

Hart in der Sache, aber moderat im Ton. Das ist die Devise von Hans-Peter Riesen, der die letzten zwei Jahrzehnte die Politik der Stadtsektion Bern der Schweizer Demokraten (SD) bedeutend mitprägte. Als sich Mitte der 80er-Jahre der Missbrauch des Asylrechts auf dem



Hans-Peter und Lydia Riesen

Höhepunkt gipfelte, entschlossen sich die Ehegatten Riesen, den heimattreuen SD beizutreten. Sofort wurden diese herzlich aufgenommen und schon sehr bald in die Parteigremien integriert. Sowohl Hans-Peter wie auch Lydia Riesen erhielten bald Vorstandsämter und entpuppten sich als fleissige Unterschriftensammler für verschiedene SD-Initiativen gegen den Asylmissbrauch, gegen den Ausverkauf der Heimat oder gegen die UNO-Blauhelme.

Gegen Kriminalität im Stadtrat...

Dank dieser Basisarbeit wurde Hans-Peter Riesen dann auch 1994 mit dem Einsitz in den Berner Stadtrat belohnt. Während weiteren sieben Jahren war er ein aktiver Stadtrat, der sich nicht scheute, den Finger auf verschiedene wunde Punkte zu legen. Vor allem die Durchsetzung von Sicherheit, Recht und Ordnung waren ihm

wichtige Anliegen. Mit eigenen Vorstössen kämpfte er gegen die zunehmende Kriminalität, die Vandalenakte und das Drogenelend in der Stadt Bern. Anfang 2000 konnte Hans-Peter Riesen Einsitz in den Grossen Rat nehmen und wurde 2002 glanzvoll wiedergewählt. Pikantes Detail: Für Hans-Peter rutschte damals ausgerechnet seine langjährige Ehefrau für die SD ins Stadtparlament nach.

...für das Gewerbe im Grossrat

Im Kantonsparlament setzte er sich vor allem – getreu dem SD-Parteiprogramm – für ein schärferes Vorgehen gegen straffällige Asylbewerber und sonstige kriminelle Ausländer ein. Daneben engagierte er sich aber auch für ein starkes heimisches Gewerbe. Doch leider wurde sein berechtigter Vorstoss zur Aufhebung der Kirchensteuerpflicht für juristische Personen auch von den etablierten bürgerlichen Parteien mehrheitlich abgelehnt. Daneben hatte er auch ein Herz für Tiere. So wurde sein Vorstoss für die konsequente Durchsetzung des Schächtverbotes im Kanton Bern angenommen.

Einsprache gegen Disco im Wankdorfstadion

Mit Hans-Peter Riesen verlässt ein SD-Politiker die politische Bühne, der äusserst moderat und ausgleichend wirkte, dem politischen Gegner zuhören konnte und trotzdem seine patriotischen Überzeugungen ohne Abstriche verfechten konnte. Nach zwölf Jahren Parlamentarismus verlässt Hans-Peter Riesen den Grossrat aus beruflichen Gründen. Es ist jedoch beruhigend zu wissen, dass mit seiner Ehefrau Lydia Riesen eine ebenfalls äusserst seriöse und kompetente Politikerin bereits in aussichtsreicher Startposition ist, die sowohl den SD-Sitz im Kantonsparlament wie auch die Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner des Nordquartiers ohne Scheuklappen zu verteidigen gewillt ist. Dass Hans-Peter Riesen sich auch noch nicht ganz aus dem politischen und gesellschaftlichen Leben zurückziehen wird, zeigt auch sein jüngstes Engagement, das er zusammen mit seiner Ehefrau Lydia gegen die möglichen Lärmbelästigungen im Nordquartier infolge des neuen Disco-Grossbauprojekts im Wankdorfstadion unternimmt.

Die Reitschule muss endlich geschlossen werden!

Auch nach der Abstimmung über die Reitschulinitiative letzten November sorgt das Kulturzentrum Reitschule in Bern immer wieder für negative Schlagzeilen. Die Abstimmung fiel eindeutig zu Gunsten der Reitschule aus, was vermuten lässt, dass in Bern linksextreme Gewalt und Drogenhandel toleriert werden. Die Reitschule ist nichts anderes als ein Scheinkulturzentrum für Kiffer, Autonome und sonstige Leute, die Mühe haben, sich in die normale Gesellschaft zu integrieren. In der letzten Zeit nahmen die Vorfälle wieder zu:

Einige Störenfriede aus der linksextremen Ecke griffen ohne jegliche Vorwarnung eine Polizeistreife an, geparkte Autos wurden einfach beschädigt. Nachdem die Polizei mit Gummischrot und Tränengas gegen die Linksaktivisten vorgegangen war, errichteten diese brennende Strassensperren und bewarfen die Polizei mit Steinen. Der entstandene Schaden beträgt mehrere 10000 Franken! Diese brennenden Strassensperren erinnern doch sehr an die Krawalle in den Banlieus von Frankreich!

Die verummten Aktivisten zogen sich dann in die Reitschule zurück und mischten sich unter die Besucher. Die Polizei konnte die Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft ziehen. Da fragt man sich doch, in welchem Land wir eigentlich le-

ben? Mit der mehrfachen Unterstützung der Stadtberner Bevölkerung gelingt es den Besuchern der Reitschule, sich den Gesetzen zu widersetzen!

Die Behauptung von Seiten der Reitschule, diese Aktivisten hätten nichts mit dem (Schein-)Kulturbetrieb zu tun, ist fadenscheinig. Die Reitschule zieht solches Gesindel regelrecht an. Ausschreitungen und Sachbeschädigungen sind vorprogrammiert!

Der Berner Stadtrat Erich J. Hess (Junge SVP) ergriff daraufhin die Initiative und fordert in einer dringlichen Motion die temporäre Schliessung der Reitschule. Da der rot-grün dominierte Stadtrat damit aber seinen eigenen Wählern zu nahe treten würde, hat die Motion keine Chancen!

Die Reitschule stellt eine Gefahr für die Sicherheit in der Stadt Bern dar und schädigt gleichzeitig das Image der Bundeshauptstadt massiv!

Deswegen: **Die Reitschule muss sofort geschlossen werden!**

Dass nun einige linke Stadtberner über die Reitschule klagen, verwundert mich doch sehr, hat sich doch eine Volksmehrheit schon mehrmals hinter die Reitschule gestellt. Nun, das sind die Geister, die ihr gerufen habt!

Lukas Lanzrein, Thun

**Kanton Zürich****Toll**

In Nummer 2 des «Schweizer Demokraten» haben wir kurz über den irakischen Asylbetrüger berichtet. Heute können wir Ihnen, verehrte Leserinnen und Leser, mitteilen, dass er seit 5 Monaten einen Gewerberaum für Fr. 4000.– pro Monat gemietet und gleichzeitig ein Mietdepot von Fr. 12000.– geleistet hat. Er ist jetzt als selbstständiger Unternehmer tätig. Selbstverständlich mit Festnetz- und Mobilanschluss sowie E-Mail (xx Punkt de).

Er rechnet mit einem Nettoeinkommen von Fr. 8000.– bis 12000.– monatlich.

Der «arme» irakische Sozialbetrüger aus der Stadt Zürich mit Frau und kleinen Kindern hat jetzt auch einen Schweizer Anwalt gefunden. Es ist kein Anwalt mit einer Hinterhofadresse, nein, gleich im Haus daneben befindet sich die Zürcher Volkswirtschaftsdirektion,

die Dienstabteilung Ausländerbeschäftigung.

Wir bleiben dran, denn Fortsetzung folgt.

SD Uster, 8610 Uster

Die SD deckt auf!

Es liegt uns ein Brief des Sozialamtes der Stadt Zürich an einen Sozialhilfeempfänger vor.

Wörtlich: ...

Sehr geehrter Herr und Frau X
Vorerst möchten wir uns nochmals herzlich bedanken für die Luxemburgerli. Sie waren herrlich!
Beiliegend erhalten Sie nun noch die Abrechnung ihres Kontos.
Wir möchten ... Ihnen den Saldo von Fr. 44784.– auf Ihr Konto bei ... überweisen.

mit freundlichen Grüssen
... der Stadt Zürich

Anzeige

- Lebensversicherung
- Vorsorgeplanung
- Kindersparplan
- Erwerbsunfähigkeit- und Todesfall

PAX
VERSICHERUNGEN
ASSURANCES
ASSICURAZIONI

bei 044 / 946 36 37

**Kanton Thurgau****«...an Personen im Ausland»**

Wie oft haben die Schweizer Demokraten gegen Bundesparlament und Bundesrat das Referendum ergriffen? Immer wieder sollten noch mehr Liegenschaften – vor allem in den Tourismus- und Bergregionen – an Reiche in aller Welt verschachert werden. Tragisch dabei war immer der Umstand, dass diese Reichen weder hier leben, noch ein Einkommen versteuern. Liegenschaften werden als sichere Kapitalanlage erworben und oft nur wenige Tage im Jahre auch wirklich bewohnt! («kalte Betten»). Zudem ist unser Land klein und bereits kontraproduktiv überbevölkert. Immer wieder hat das Volk uns Recht gegeben. Darauf wurden die Bewilligungen kantonalisiert (!) – auch im Thurgau. Gegen Lockerungsbeschlüsse von Gross- und Regierungsrat haben die SD Thurgau 2004 über 2000 Unterschriften (Referendum) gesammelt.

Am 16. Mai 2004 hat das Volk abgestimmt. Praktisch niemand hatte das SD-Referendum unterstützt, ja nicht einmal unser Komitee wurde zur Parolenfassung eingeladen. Die Argumente gegen den Ausverkauf wurden dem Bürger regel-

recht vorenthalten, so in Radio, TV und vielen Printmedien. Der Regierungsrat hat den Befürwortern sogar 71 000 (Steuer-) Franken zugesprochen! Wir haben das ganze Referendum und den Abstimmungskampf gegen die Regierenden mit Idealismus und Spenden des «kleinen Mannes» gemacht: Der Thurgau hat mit rund 35 363 Nein (zu 25 580 Ja) den Schwindel abgelehnt! Was für eine Freude! Doch nun wird all das – ausgerechnet durch die «Volksvertreter» – mit Füßen getreten; die Lex Koller soll aufgehoben werden. Die Thurgauer Regierungsräte begrüßten diesen Schritt in allen Medien mehr als erfreut und reden irreführend nur von «Zweitwohnungen» (02. 03. 06). Wen wundert also, dass die Regierungsratswahl vom 12. Februar eine Stimmbeteiligung von traurigen 25% erreicht hat? Aber auch diese Tatsachen und damit der Wille unseres Volkes werden einfach übergangen, und es gibt offenbar niemanden, der all dies kritisch – im Sinne einer Demokratie – hinterfragen würde...

*SD Thurgau,
Kantonale Parteileitung*

Schade, liebe Banken...

Da weisen in Medienkonferenzen eine UBS, Kantonalbanken und auch die so volksnahen Raiffeisenbanken Jahresgewinne aus, die den Normalbürger schwindlig machen: 14 Milliarden, hunderte von Millionen und so weiter. Schön für sie und jene, die sich noch höhere Saläre bewilligen können. Was aber bedrückt den Bürger, was geht durch unsere Köpfe? Viele fragen sich, wäre es den Banken nicht möglich gewesen, Hypo-Zinsen mehr zu senken und so Betriebe

und Private – genannt die Wirtschaft – etwas anzukurbeln? Oder wie wäre es gewesen, wenn die lächerlich tiefen Sparzinse ein wenig angehoben worden wären? Schade, liebe Banken, Sie haben eine Möglichkeit nicht benützt, etwas mehr Vertrauen und Volksnähe aufzubauen, denn viele fühlen sich ausgenutzt und das ist in jedem Falle schade...

*Kantonale Parteileitung,
Schweizer Demokraten,
SD Thurgau*

JSD + -Standpunkt**Neuer Präsident der Jungen Schweizer Demokraten (JSD)**

Andreas Beyeler, Worben, ersetzt Tai Moser, Brüttele, als Präsident der Jungen Schweizer Demokraten (JSD). Andreas Beyeler ist aussichtsreichster Kandidat auf der SD/JSD-Liste Biel-Seeland.

**Kanton Zürich****Gemeinderatswahlen Dübendorf vom 19. März 2006**

SD-Sitz gehalten. **Elisabeth Cafilisch** glanzvoll wiedergewählt.

Herzlichen Glückwunsch.



Damit ist die Bezirkspartei Uster im Kanton Zürich weiterhin die stärkste SD-Sektion.

(1 Kantonsrat, in zwei Parlamentsgemeinden je einen Sitz, 2 Bezirksräte und 3 Bezirksschulpfleger)

**Kanton Solothurn****Neugründung der SD Solothurn**

Der Kanton Solothurn hat parteipolitischen Zuwachs bekommen! Endlich gibt es wieder eine echte Alternative zu der bestehenden Parteienlandschaft. Die Schweizer Demokraten haben eine Kantonal-sektion gegründet.

Mehr als 20 meist junge Personen nahmen am 4. März 2006 an der Gründungsversammlung der SD Solothurn in Dulliken teil. Kantonalpräsident Patrick Müller wies in seiner Begrüßungsrede auf die politischen Missstände im Kanton Solothurn und in der Schweiz hin. Nationalrat Bernhard Hess hielt ein informatives Grundsatzreferat zum Thema «SD – Für was setzen wir uns ein».

Patrick Müller aus Gretzenbach wurde zum ersten Präsidenten der neu gegründeten SD Solothurn gewählt. Die weiteren Vorstandsmitglieder sind Vizepräsident Mathias von Arx (Erlinsbach SO), Kassierin Nicole Kiefer (Erlinsbach SO), Aktuarin Jennifer Betschmann (Gretzenbach) und Pressechef Daniel Grob (Niedergösgen).

Die SD Solothurn will kurzfristig den Vormarsch der deutschen Billigdiscounter Aldi und Lidl stoppen. In diesem Jahr will sie durch Stand- und Flugblattaktionen auf sich aufmerksam machen und neue Mitglieder anwerben. Im kommenden Jahr beteiligen sich die SD Solothurn an den Nationalratswahlen, um das Potential in einzelnen Bezirken und Gemeinden zu testen. Diese Analyse wird für die Kantonsratswahlen und Gemeinderatswahlen 2009 dienen. An den Kantonsratswahlen könnte ein Sitzgewinn im Bereich des Möglichen liegen (Bezirk Olten/Gösgen).

Das Medienecho war nach Bekanntgabe der Gründung gross. Bis dato wurden vier grosse Zeitungsseiten über uns, mehrheitlich positiv, berichtet. Als erste



Von links: Daniel Grob, Nicole Kiefer, Patrick Müller, Jennifer Betschmann und Mathias von Arx

Aufgabe für die Schweizer Demokraten werden wir die Delegiertenversammlung in Olten vom 25. März organisieren.

Die fortlaufende Überfremdung von Volk und Heimat, die Zubetonierung unserer schönen und einzigartigen Landschaft, der unsorgfältige Umgang mit der Wirtschaft zeigt uns, dass es uns Schweizer Demokraten unbedingt braucht. Wir kämpfen und setzen uns mit aller Kraft für unsere Schweiz ein.

Um Neuigkeiten der SD Solothurn zu erfahren, können Sie unsere Internetseite www.sd-solothurn.ch besuchen. Diese wird regelmässig mit aktuellen Stellungnahmen und Berichten aktualisiert.

*Patrick Müller, Gretzenbach,
Kantonalpräsident SD Solothurn*

Anzeige

Buchhaltungen Steuererklärungen

– Private – Geschäfte

Gründungen (GmbH/AG)
Erbsachen

Betriebsberatung + Treuhand

Friedrich Auf der Maur

Stationsstrasse 12, 8604 Hegnau
Tel. 044 946 00 51, Fax 044 946 00 52

**Kanton Zürich****Bürgerrecht der Stadt Uster**

Im Kanton Zürich gilt seit 1. Januar 2006 eine neue Kantonsverfassung. Die Bürgerrechtsgemeinden sind abgeschafft. Dies gab nun unserem Gemeinderat Werner Kessler erstmals die Gelegenheit, die Gesuche für das Bürgerrecht der Stadt Uster einzusehen. An der Gemeinderatssitzung (Parlament) vom 31. Januar 2006 gab er nachfolgendes Votum ab:

«Ich bin gelinde ausgedrückt entsetzt über diese unsachgemässe Bearbeitung der Einbürgerungsgesuche. Bei der Kontrolle dieser Dossiers musste ich feststellen, dass diverse Betreibungs- und Strafregistrauszüge sowie Steuer- und Arbeitsstellennachweise bis zu 4 Jahre zurückliegen. Würden Sie mir, werte Ratskolleginnen und -kollegen, aufgrund eines 4 Jahre alten Betreibungsauszuges ein Darlehen gewähren? Kopschütteln und Gelächter wären wohl die Quitting. Diese Fakten sind ein Hohn für unsere einheimische Bevölkerung und für mich absolut inakzeptabel und Grund genug, sämtliche Anträge zurückzuweisen.

Wie weitere Recherchen ergaben, haben sich zwischenzeitlich teils die Familien- sowie Arbeitsverhältnisse geändert, sei es durch Scheidung, Stellenwechsel usw. Ich stelle einen Antrag, dass diese Unterlagen inskünftig 30 Tage vor der Behandlung im Parlament ein zweites Mal auf dem neusten Stand eingereicht werden. Dies betrifft den Betreibungs- und Strafregistrauszug, den Steuer- und Arbeitsstellennachweis.

Ein weiteres Kriterium sind die Einkommens- und Vermögensverhältnisse. Wie ist es möglich, dass eine zwei- oder dreiköpfige Familie ohne Zuschüsse mit einem steuerbaren Einkommen von nur 13300.– oder 17100.– ohne Vermögen den Lebensunterhalt bestreiten kann? Eine Einzelperson weist sogar ein steuerbares Einkommen von nur Fr. 5600.– und ein Vermögen von Fr. 1000.– aus. Bei solchen Zahlen frage ich mich nicht, warum einige in ihrem Herkunftsland ein Haus bauen oder erwerben können und wie lange es noch dauert, bis sie nach der Einbürgerung Sozialhilfe oder Ergänzungsleistung usw. beanspruchen. Im Rahmen solcher Vorkommnisse wäre eine Neubeurteilung respektive Überarbeitung der Einbürgerungen der letzten vier Jahre wohl angebracht.»

Resultat: In der Debatte wurde SVP-Gemeinderat (und Kandidat fürs Stadtpräsidium) Rolf Denzler gar ausfällig gegen unseren Werner Kessler. So war es denn nicht verwunderlich, dass alle 35 Ratsmitglieder (inkl. 11 der SVP) Kesslers Antrag ablehnten und alle 9 Bürgerrechtsgesuche bewilligten. **Fazit:** Es gibt keinen Unterschied, ob Sozialisten oder SVP. Beide sind Heimatfeinde.

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
 AG	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen
	Aargau West	Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau
	Fricktal	Stammtisch jeden 2. Dienstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Sonne, Eiken
 BL	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
 BS	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
 BE	Stadt Bern	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern
	Sektion Köniz	Jeden 1. Freitag im Monat im Restaurant Brunnenhof, Köniz
	Sektion Berner Oberland	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg
	Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen	SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg
	Sektion Thun/Konolfingen	Stamm jeden letzten Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Schärmehof, von May-Strasse 43, Thun
 LU	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstr. 103, Luzern
	 SG	Sektion Wil und Umgebung
Sektion St. Gallen		Stamm-Abend jeden letzten Mittwoch des Monats ab 19.30 Uhr im Restaurant Hirschen, St. Gallen, Bus Nr. 1. Nächstes Datum: 26. April 2006
 TG	Thurgau	Jahresversammlung 2006 am Freitag, 21. April , Weinfelden im Hotel «Thurgauerhof», spricht der Polizeidirektor von Biel, Jürg Scherrer, zum hoch aktuellen Thema: «Die Bedrohung der Schweiz durch die multikulturelle Gesellschaft!» Der Vortrag ist öffentlich.
 ZH	Sektion Bülach	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Airport an der Oberhauserstr. 30, 8152 Opfikon-Glattbrugg
	Sektion Dielsdorf	Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Linde, Regensdorf-Watt
	Sektion Hinwil	Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bahnhofplatz, 8340 Hinwil (Kegelbahn)
	Stadt Zürich	Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19 Uhr Höck im Restaurant Farbhof, Badenerstr. 753, 8048 Zürich (Endstation Tram Nr. 2)

Der Leser hat das Wort



In dieser Rubrik werden die persönlichen Meinungen unserer Leser wiedergegeben. Diese decken sich nicht notwendigerweise mit derjenigen der Redaktion.

Bundesbrief in Amerika

Als ich am 25. Juli 2000 die Tageszeitungen durchblättere, fand ich keinen Beitrag zum 60-jährigen Gedenken an General Guisans denkwürdigen Rütli-Rapport vom 25. Juli 1940. Dafür fand ich eine Zeitungsnotiz, wonach Bundesrat Ogi für drei Tage nach New York abgereist sei, um sich dort mit Verteidigungsminister Cohen über Offiziers-Rekrutierung und Streitkräfte-Planung (!) zu besprechen. Ich fragte mich, warum Schweizer Bundesräte nach New York reisen müssen, um sich dort über «Offiziers-Rekrutierung» in unserem Lande zu besprechen?

Nun aber wird sogar unser Bundesbrief von 1291, der mehr als 700 Jahre lang die Schweiz nie verlassen hat, nach Amerika verfrach-

tet. Heute, wo man mit technischen Mitteln echt wirkende Kopien anfertigen kann, hätte man ja eine Kopie schicken können, aber sicher nicht das Original! Was sagt man den Touristen, die in dieser Zeit das Bundesbriefarchiv besuchen? Ein solch geschichtlich bedeutendes Werk sollte nicht in andere Staaten «ausgeliehen» werden. Nachdem Amerika ständig Angst vor Terror-Anschlägen hat, muss man sich mal überlegen, was das bedeuten würde, wenn das Original unseres Bundesbriefes von 1291 einem solchen Anschlag zum Opfer fallen würde? Oder möchte Bundes-Bern nachher die EU-Fahne in den leeren Glasschrank stellen?

Josef Huber, Obernau

Bestenfalls Partykracher

Seit Christoph Blocher in den Bundesrat gewählt wurde, fehlt der liberal-konservativen SVP der Kopf. Neue Personen füllen diesen Platz aus, z. B. der neoliberale Peter Spuhler. Die SVP absorbiert eindeutig Teile der FDP, damit aber auch liberales Gedankengut. Der konservative Flügel fühlt sich zunehmend vernachlässigt, ist doch er der Gralshüter der schweizerischen direkten Demokratie. Der endgültige Bruch erfolgte bei der Kampagne gegen die Ostfreizügigkeit. Glänzten die Mehrheit der SVP-Mandatsträger schon während der Schengen/Dublin-Kampagne durch stillschweigende Abwesenheit, taten sie es während der Ostfreizügigkeit ganz offensichtlich.

Die SVP ist heute de facto die neoliberale Partei. Der liberale Kurs wird der Partei kurz-, mittel- und langfristig einen weiteren Stim-

menzuwachs bringen. Eine andere Alternative haben die Parteistrategen nicht, weil sie alles ab rechts aussen beherrschen.

Der Freisinn kommt zunehmend in Bedrängnis. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die SVP eine ähnliche Rolle spielen wird, wie die CDU in Deutschland: eine Partei aus unverbindlichen Nettigkeiten mit ein bisschen was für alle. Mit der Domestizierung der SVP hat auch die SP den Zenit überschritten. Ihr Lieblingsfeind ist weg und was nun noch so an Bösem herumsteht, sind bestenfalls Partykracher: sie dienen der Unterhaltung, sind aber nicht wirklich gefährlich. Gerade deshalb braucht es neben einer solchen neuen SVP eine konservative Partei, die für die schweizerischen Grundwerte einsteht.

*Richard Fluehmann,
Schweizer Demokraten, Zug*

Kapitalismuskritik als Realitätsverweigerung?

Im Wirtschaftsteil der NZZ Nr. 116 vom 21./22. Mai 05 bringt G.S. auf Seite 21 einen Rundumschlag gegen vielfältige Kritiken am heute weltweit dominanten neoliberal-kapitalistischen Wirtschaftssystem. Dabei verweist er auf eine auch heute aktuelle Diagnose von Wilhelm Röpke aus dem Jahre 1953: «Die Menschen unserer Zeit werden mit Wissen aller Art vollgestopft, aber etwas Wesentliches lernen sie nicht: die Wirkungsweise und den Sinn des eigenen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems zu verstehen, dessen Glieder sie sind und von dessen Funktion ihr Lebensschicksal abhängt.»

An diese tiefsinnige und vielschichtige Aussage eines authentischen Liberalen knüpft der für die Wirtschaftsredaktion der NZZ verantwortliche Journalist den Satz. «Das trifft auf viele zu, die den Sinn des internationalen Wettbewerbs und der Offenheit nicht begreifen...», erwähnt dazu «Private-Equity-Aktivitäten» oder Casside-Dijon-Prinzip, geißelt die Unterkapitalisierung des Mittelstands in Deutschland.

Gesetzesflut, hohe Staatsquoten, auch in der Schweiz usw. und zeichnet es am verheerendsten, dass «die Kapitalismusschelte Ausdruck der Weigerung» sei, «die Realität zur Kenntnis zu nehmen». So habe beispielsweise im «Sanierungsfall» Deutschland der Fraktionsvorsitzende der SPD, Müntefering, «mit einer Attacke auf das internationale Kapital tief in die marxistische Mottenkiste gegriffen...»

Weil im Rahmen eines Leserbriefs nicht detailliert und fundiert auf diesen Rundumschlag gegen Kapitalismuskritik eingetreten werden kann – ganz abgesehen davon, dass ein solcher Diskussionsbeitrag noch sicherer als vermutlich dieser Brief im Papierkorb verschwinden könnte –, sei wenigstens das Thema «Realitätsverweigerung» hinterfragt. Beispielsweise: kennt das heutige Wirtschaftsverständnis oder der Wirtschaftsredaktor der NZZ tatsächlich griffige Rezepte zu Arbeitslosigkeit, Wachstumszwang, Verschleisswirtschaft, Zerstörung von Natur- und Lebensgrundlagen, Bändigung der entfesselten und von der Realwirtschaft losgelösten Finanz«wirtschaft», letztlich Auflösung des dichten Nebels oder Tabus um das Geld, einschliesslich des entfesselten «Tanzes um den Gewinn»?

Weiter wäre zu fragen, wo, weshalb und wie weit tatsächlich eine «Realitätsverweigerung» als Ablehnung einer Grundsatzdiskussion zur weltweit immer dominanteren «liberalisierten» und «deregulierten» Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung besteht? Hier abschliessend sei die weitere Frage offenen, kritischen und freiheitlichen Leserinnen und Lesern anheim gestellt, ob eine solche Klärung freiwillig und aus Erkenntnis noch gelingen kann oder aus wachsendem Leidensdruck durch soziale Verwerfungen, Krisen, Zusammenbrüche u.a. lokal und global erfolgen muss?

*Dr. Johannes Georg Landolt,
Brione s/M*

Arbeiterfeindliche Gewerkschaften

Was derzeit wieder von Gewerkschaftsseite für Machenschaften an den Tag gelegt werden, grenzt gegenüber vielen Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden in diesem Land an Frechheit!

Mit sinnlosen Aktionen werden in unserem Land Tausende von Arbeitsplätzen gefährdet. Dies von einer Clique von machthungrigen und arbeitsscheuen Funktionärsbonzen. Auch setzen sich diese an die Spitze von Personalkommissionen, wollen in den Firmen den Ton angeben und kassieren über Vollzugskostenbeiträge Nichtgewerkschaftsmitglieder ab!

Wer nicht an Gewerkschaften bezahlt, wird gemobbt. Wer arbeiten möchte, dem wird die Arbeit ver-

miest durch unsinnige Forderungen.

In Gewerkschaftszeitungen werden Lügen verbreitet, weil viele Gewerkschaftsmitglieder Ausländer sind. In der Hoffnung, dass diese Ausländer, einmal im Besitz des Schweizer Bürgerrechts, dem politischen Flügeln der Gewerkschaften, der SP, die Stimme geben.

Darum: Gewerkschaften schaffen keine Arbeitsplätze, sie vernichten diese nur! Ist ein Schweizer arbeitslos, hilft ihm keiner von den Gewerkschaftsbonzen, er kann selber ins RAV. Die Arbeit schwindet in unserem Land. Was können unsere Nachkommen in diesem Land noch für Arbeit finden?

Fridolin Bühler, Weesen



Moutons de Panurge, la civilisation montante



Mary Meissner,
Vernier

Pris en charge dès la naissance, nos bambins se voient dépourvus d'une volonté de survie et de création personnelles. On leur mâche sur toute la ligne la façon de s'habiller (baskets et larges pantalons tombants, strings), de se coiffer (cheveux dans la figure ou rasage complet) d'apprécier la musique (rap, disco, cacophonie hurlante), de calculer (calculatrice) de penser par soi-même (désinformations médiatiques, bandes dessinées), d'apprendre (livres d'histoire falsifiés, info Google sur Internet), de croire (mélange des religions surveillé par chaque groupe) d'analyser (mimétisme et esprit grégaire), d'aimer (conception artificielle, insémination, pacs, clubs échangistes, ouverture officielle de bordels), de manger (Mac Donalds, produits OGM, nourriture souvent dénaturée) de jouer (consoles électroniques, jeux vidéo stupides et violents, guerre virtuelle, etc).

En un mot, la tribu compte plus que la famille, l'échec scolaire est devenu un must, et les bons élèves sont traités de bouffons. Il est de bon ton d'avouer avoir été mis en détention pour vol, coups et blessures ou agression sexuelle. Les joints et les drogues de toutes sortes doivent absolument être testées dans chaque rave party ou autre réunion organisée via Internet. Comme une trainée de poudre, les

mots d'ordre contestataires aggravés de violences sont diffusés sur internet ou via les téléphones portables. L'autorité parentale ou scolaire est devenue une dérision. Et cela s'appelle ÉVOLUER. Les personnes qui demandent un peu moins de laxisme, plus d'obéissance et d'ordre, une attitude polie et déferente, se font traiter de ringards, de vieux croûtons ou de retardés mentaux. Il n'y a plus de respect pour la patrie, la famille, les arts, les religions et la politique.

Et l'on demande à l'école d'éduquer nos enfants, au détriment de l'enseignement minimal. En France de Villepin se trouve en face d'un problème crucial qui est de trouver des places de travail pour les millions d'écoliers aux diplômes misérables et aux connaissances déficientes, pour éviter que ces citoyens de seconde zone n'aillent brûler des voitures, pour pallier leur manque de savoir.

La faute en est aux pédagogues promouvant un discours compassionnel, en donnant trop souvent raison à ceux qui contestent l'autorité du maître, en infantilisant l'ambiance et en laissant la place à l'esprit tribal. Ce viol des esprits dès l'enfance est un crime contre l'humanité et les citoyens de bonne volonté de demain.

Il y aura de plus en plus de dégradations morales, physiques et spirituelles, de guerres infondées, de falsifications démocratiques, d'incompétences jamais jugées et de violences inutiles.

Vive les futures générations de lâches, de mafieux et de falsificateurs qui auront de beaux jours devant eux, s'il n'y a pas un retournement dans une prise de conscience à maîtriser rapidement.

Et pourtant, il devrait y avoir une lueur d'espoir en voyant par exemple l'énorme travail édité par la république et canton de Genève concernant un dossier pédagogique extrêmement bien détaillé sur LE *CONTRAT RIVIÈRE*.

On sait depuis longtemps que l'eau est un élément nécessaire à la vie sur cette planète et que jusqu'à présent, l'enseignement scolaire n'a pas mis suffisamment d'importance sur la protection, l'économie et l'utilisation de ce bien si précieux.

Ce document spécialement préparé par des biologistes, des protecteurs de l'environnement, des ingénieurs hydrologiques, des cartographes et des dessinateurs, contient 230 pages explicatives, des questionnaires se rapportant aux cours d'eau, aux oiseaux et animaux qui les peuplent, aux plantes et aux oiseaux, à la protection des berges. Les enfants dès l'âge de 7 ans sont plongés dans une ambiance naturelle, l'amour de son environnement sans gadgets vidéo, consoles ou bandes dessinées dénaturées, mais avec des promenades dans la nature, l'apprentissage des détails et le développement d'une responsabilité humaine vis-à-vis de la Terre.

Ce livre a un succès fou auprès des instituteurs, des professeurs et autres maîtres d'école, qui constatent que leurs élèves ont d'autres horizons que se battre, se racketter, voler, se shooter ou incendier des voitures. En parallèle avec le paragraphe précédent, ne vaut-il pas mieux former des moutons de Panurge Saint d'Esprit et de Corps qui entraineront les mauvais éléments vers un destin plus propre et conscient de ses devoirs? Ce document pédagogique est un palliatif séduisant à inclure dans les cours dès l'enfance afin de contrebalancer une publicité dégradante qui s'étale partout, prônant les marques de fabrique de vêtement ridicules et de la liberté de tout détruire.

Le milliard de la discorde

A force de crier sur les toits que nous sommes un pays parmi les plus riches du monde, et que notre Micheline Calmy Rey adore puiser dans nos poches pour distribuer tous azimuts des milliards de francs suisses qui manquent dans les caisses publiques, nous allons nous retrouver au niveau des pays émergents, tout seuls, car personne ne nous rétrocedera quoique ce soit. De plus chaque concession financière et économique nous pousse vers l'adhésion à l'Union Européenne et il n'y aura bientôt plus besoin d'en faire la demande, nous y serons de facto.

Alors qu'il n'y a aucun geste officiel de la part de nos autorités pour soutenir des entreprises qui délocalisent en mettant à la porte des ouvriers suisses, parce qu'il n'y a pas d'argent pour faire ces sauvetages, comment se fait-il que nous puissions payer le creusement des tunnels, l'aide au tiers monde, le soutien au TPI, la construction des routes transversales, la gratuité des immeubles et terrains de la FIPOI, plus maintenant ce milliard soi-disant pour nous permettre d'ouvrir des négociations avec les

dix pays de l'Est, plus probablement un autre milliard pour aider la Roumanie et la Bulgarie, futurs membres, et plus un milliard pour le cas de l'entrée de la Turquie dans l'UE?

Je voudrais souligner aussi, que depuis la psychose orchestrée autour de la grippe aviaire, nos institutions humanitaires et civiles comme les cantines scolaires, les hôpitaux et l'Hospice Général, servent des repas composé de poulets polonais. Pourquoi ne pas favoriser cette industrie en Suisse? Question de gros sous? C'est honteux d'oser déstabiliser ses propres citoyens! Ayant vécu en Pologne dix ans, je puis vous assurer que l'élevage des volailles ressemble fort à ce qui se fait en Extrême Orient, avec en plus, le nourrissage aux OGM's interdit chez nous.

Je conseille aux citoyens helvétiques qui désirent garder un coin du monde exempt de turpitudes agitant tant de pays autour de nous, de signer et faire signer le référendum contre le versement de ce milliard de la discorde.

Mary Meissner



DS Vaud

Par la présente, nous avons le plaisir de vous convoquer à l'Assemblée générale annuelle de la section Vaudoise du parti des Démocrates Suisses/Action Nationale, qui aura lieu le:

Samedi 22 avril 2006 à 14.30 h
Salon No 2, Buffet de la Gare de Lausanne au 1er étage



www.schweizerdemokraten.ch

En parcourant la presse

Tribune campagne

Cet excellent supplément de la Tribune de Genève de ce vendredi qui souligne les efforts de nos paysans pour produire naturellement et correctement les produits que nous consommons tous, n'a pas mentionné spécialement l'élevage de nos volailles en ces temps psychologiques de grippe aviaire. Les éleveurs suisses ont bien besoin d'être soutenus en ces temps difficiles où nos voisins perdent le sens des proportions en décrétant les hécatombes de poulets en bonne santé parce qu'il y a eu un ou deux oiseaux migrateurs qui sont morts sur le chemin du retour. Il paraît qu'en Chine, les gens vivent depuis plus de deux ans avec cette maladie et ils ne font pas de vagues aussi énormes qu'en Occident. Il faut croire que ce virus est contrôlable, car aucune pandémie ne s'est déclarée dans cet immense pays. Faisons donc de la résistance à l'importation de poulets élevés à l'Est et donnons la préférence à nos propres oiseaux de basse cour bien nourris et correctement surveillés. Les repas dans nos cuisines scolaires, hospitalières et livrés à domicile doivent tenir compte de cette situation afin de protéger la production du pays.

Les tsiganes roumains s'engouffrent

Oui, ils arrivent chez nous sous la protection libérale de Schengen, et profitent de notre laxisme occidental pour non seulement voler, travailler au noir ou mendier, mais ils importent de la fausse monnaie à défaut de stupéfiants qu'ils laissent à la filière kosovare. Ainsi plus de 60 000 faux euros ont été saisis à la douane de Thônex-Vallard, importés par sept Roms dans une voiture immatriculée à Paris. Comme il n'y a aucune plainte pénale pour cette arnaque destinée à des rip-deals, les malfaiteurs ont été relâchés. Vous avez dit laxisme?

Gain mirobolants

Grâce à la psychose orchestrée par la presse mondiale en mal de scoops, le vaccin Tamiflu contre la grippe aviaire a rapporté à l'industrie pharmaceutique la coquette somme de 1,568 milliards de francs. Si les gens sont assez crédules pour avaler chaque mot imprimé dans les journaux ou sur Internet conseillant de se prémunir contre une maladie inexistante, tant pis pour eux. Cela les conduira dans la même impasse où se trouvent aujourd'hui six Anglais ayant accepté d'être des cobayes pour tester de nouveaux médicaments fabriqués par les chercheurs vivisec-

teurs affirmant que les animaux y avaient résisté. Décidément l'appât du gain ou la bêtise humaine n'ont plus de bornes!

Deuxième plus importante communauté étrangère en Suisse

Après les Italiens majoritaires, les Kosovars représentent 200.000 âmes installés à demeure chez nous. Temps présent a brossé un tableau idyllique de ces étrangers soi-disant bien intégrés, mais le rapporteur a oublié de mentionner que ces gens sont affiliés pour la plupart à la connection albanaise de la drogue, car comment des dizaines d'entre eux ont pu reconstruire leurs maisons et en construire de nouvelles grâce à «nos amis suisses», dans leurs villages? La police cantonale vaudoise, pour ne parler que de ce canton, vient d'arrêter douze Kosovars et a saisi cinq kilos d'héroïne d'une valeur de 800 000 francs et prouvé l'importation de sept autres kilos. Les humanistes ont prétendu à l'écran que ces gens sont ravis d'être en Suisse et qu'ils s'intègrent tout en gardant leurs coutumes, c'est à dire, mariages forcés, crimes de sang et religion musulmane.

Eurofoot austro-suisse 2008

Genève trouve que la facture pour 3 matches de l'Eurofoot au stade de la Praille (pas encore entièrement payé), est beaucoup trop lourde. Le Conseil national a refusé d'élever à 4.2 millions l'aide promise par le Conseil fédéral à la ville de Genève. Le canton a de la peine à joindre les deux bouts, car il a déjà accepté de verser 20,4 millions et le Grand Conseil est appelé à déboursier encore treize millions. D'après Mark Muller en charge du dossier, il affirme qu'il manquera encore 7 millions pour boucler le financement. En décortiquant ce mic-mac financier, je me demande pourquoi les contribuables genavois et ceux des quatre villes en lice, doivent tous payer pour cet événement, alors que les footballeurs qui font le show peuvent être comptés sur les doigts, et les fans ne sont pas une majorité dans la population. Les femmes refusent de regarder les matches à la TV et elles n'aiment pas aller hurler sur les gradins pour voir 12 bizus courir après un seul ballon. Il est temps que la FIFA prenne à son compte les frais de protection et autres et qu'elle ne paye pas ses footballeurs des sommes astronomiques pour le plaisir de quelques privilégiés. Qui se croient-ils ces entrepreneurs de foot pour dépenser tant d'argent en imposant à tout

prix ce sport comme l'alpha et l'oméga qui sauve la race humaine?

Autre face cachée du foot

Il paraît que l'Allemagne va ouvrir ses frontières à 40 000 prostituées venant de l'Est pour satisfaire la libido des joueurs et de leurs fans pendant le foot 2008. J'appelle cela la traite des blanches. Je croyais que cette profession était sous contrôle depuis 1904, puis 1910 lorsque les premières Conventions Internationales avaient été élaborées pour protéger les femmes réduites à cet esclavage! L'ONU elle-même, dès sa création s'attaqua au problème et il y eut la convention à New York en 1948 qui scella officiellement le lien entre exploitation sexuelle et prostitution. Certaines féministes ont réclamé par principe le droit des femmes à disposer de leur corps, mais ce qui est étonnant, c'est que ces mêmes femmes ne s'attaquent jamais à l'excision des filles, pratique plus honteuse que la prostitution, car il s'agit d'une exploitation à vie. Donc le foot qui génère dans le même ordre d'idée cet état de choses n'est plus un sport sain.

La tactique des va-t-en-guerre

Depuis notre dernier coup d'œil sur les événements du Proche Orient qui peu à peu nous entraînent vers une psychose de guerre, et l'information venant de Russie sur internet annonçant la déclaration de guerre des Etats-Unis le 28 mars contre l'Iran, il y a de quoi cogiter. Ce qui est étonnant, c'est la façon dont les planificateurs pour arriver à leurs fins, prennent des chemins détournés qui n'ont rien à voir avec le but à atteindre. Souvenons nous de Sarajevo et du crime perpétré contre de hautes personnalités qui déclencha une guerre mondiale! Aujourd'hui, c'est la guerre civile en Irak et ailleurs entre deux communautés musulmanes, provoquée par l'explosion de fureur due aux caricatures de Mahomet, qui a été mise au point pendant cinq mois. Les journaux comme de bien entendu, dans la tactique de l'arbre qui cache la forêt, ont été les vecteurs d'informations tronquées qui passaient sous silence les manœuvres de vaisseaux de guerre sous l'égide de l'OTAN, tout autour de la zone en ébullition. Comment ces planificateurs vont-ils arriver à leur fin? Avec l'Irak il y avait soi-disant les armes de destruction massive et la dictature de Saddam Hussein cachant la main mise sur le pétrole en dollars, c'est peut-être pourquoi il y a lieu de fomenter une guerre civile en Irak pour «provoquer» une telle horreur dans le pays voisin où il y a aussi des sunnites et des chi'ites?

Ça continue

L'Hospice Général de Genève découvre chaque jour de nouveaux vols aux dépens des contribuables. La direction incapable sous Torracinta que nous avons violemment critiquée, démontre maintenant le bien fondé de nos préoccupations. Il est bien tard devant le gouffre de 8 milliards de déficit. Le dernier cas découvert montre un versement de 58611 francs versés à un Espagnol de 62 ans se prétendant marié, alors que le mariage n'avait duré que dix jours. Sa femme, Marocaine, l'avait abandonné. Il encaissa donc une double rente invitant de temps en temps son ex épouse à dîner, et s'achetant une voiture. Quel est le citoyen suisse qui touche autant d'argent à rien faire, et pendant combien de temps? Les employés de l'Institution cantonale sont des incapables ou des complices. *Octopus*

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

- Je m'abonne au journal «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)
 Veuillez m'envoyer des informations sur les activités de notre parti.

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des
Démocrates
Suisses** **DS**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
sd-ds@bluewin.ch
www.schweizer-demokraten.ch

Trop et trop peu ça gâte tous les jeux

La presse, ce quatrième pouvoir dont beaucoup de lecteurs ignorent la puissance de feu, se laisse subjugué par des informations pas toujours exactes. Commençons par la psychose engendrée à la lecture des articles aux gros titres accrocheurs disant que le virus de la grippe aviaire quoique mortel chez les volatiles était sans danger pour les gourmets, a déboussolé pas mal de gens. Parler d'une vingtaine de morts de la grippe aviaire en Asie, alors qu'il y a des milliers de morts violentes par jour en Iraq, passe encore. Se tromper dans le nombre d'oiseaux infectés et prendre des oies pour des canards sauvages, passe encore. Ne pas attendre de confirmation officielle pour être les premiers à vendre un scoop, ça ne passe plus. Mais ce qui est pire, ce sont les conséquences tragiques découlant de cette façon d'agir tous médias confondus, provoquant des problèmes économiques, la fermeture d'élevages, la mise à pieds du personnel et le manque à gagner des commerçants. Le comble se passe au Japon où ce

virus a été éradiqué et remplacé par la viande de baleines dont le massacre a recommencé. De toutes parts les chefs d'Etat et certains restaurants essaient de rattrapper l'erreur en montrant la dégustation de poulets, mais sans convaincre les consommateurs les plus nombreux qui n'ont rien à dire, soit les cantines scolaires, les hôpitaux et à Genève, l'Hospice Général livrant des repas à domicile, dont je bénéficie. Depuis trois semaines, nous recevons des barquettes préparées avec davantage de poulet POLONAIS. Pourquoi pas SUISSE pour au moins protéger la production du pays et sauver des emplois? Après enquête il m'a été répondu à Regeservice au Grand Lancy qui est le traiteur en charge de la distribution qu'il s'agissait d'une question de gros sous. Les volailles polonaises étant bien meilleur marché. Car j'ai pu me rendre compte de l'énorme fossé qui sépare les conditions d'élevage entre la Pologne et la Suisse, même si entre temps il y a certainement eu des progrès.

En outre la façon de nourrir ces animaux diffère de pays à pays, donc mélanger qualité (même contrôlée), prix et goûts c'est aberrant. Où se trouve la solidarité chez nous? Ne vaut-elle pas un franc supplémentaire par repas? Nous versons un milliard pour l'insigne honneur de participer économiquement avec les dix nouveaux membres de l'UE dont nous ne faisons pas partie, et cette Union prévoit de nous réclamer un autre milliard lorsque la Roumanie et la Bulgarie viendront s'ajouter au conglomérat, faut il pour cela nous obliger à manger moins bon parce que nous gagnerons quelques centimes? Nous consommateurs, sommes les dindons de la farce, que sera-ce si la Turquie entre dans la danse? Je pensais que ce cadeau royal nous permettrait au moins de manger mieux, plus sainement tout en protégeant nos propres producteurs. Quelle illusion! Je demande donc à la FSAD, à Regeservice SA et à l'Hospice Général de nous servir dorénavant du poulet suisse même si cela coûte plus cher. Merci aux Démocrates Suisses de relayer ma

demande puisque mes appels téléphoniques à ces instances se sont heurtés à une fin de non recevoir.
Charlotte Morel, Vernier

Allez voter le 9 avril 2006! – Le peuple doit encore exprimer sa volonté avant que ses dirigeants le lui interdisent. – Mettez dans l'urne la liste «Démocrates Suisses» sans la modifier.



Le Pileri

Hess-Blocher

Les médias s'empressent de jeter aux citoyens lambdas, l'os toujours actuel des dissensions ou des accords entre la droite helvétique composée des Démocrates Suisses, du parti de la Liberté et de l'UDC. Cette fois les journalistes recourent eux aussi à leurs vieilles recettes composées de l'asile et des étrangers qui refont surface en ces temps troublés et pré-électoraux.

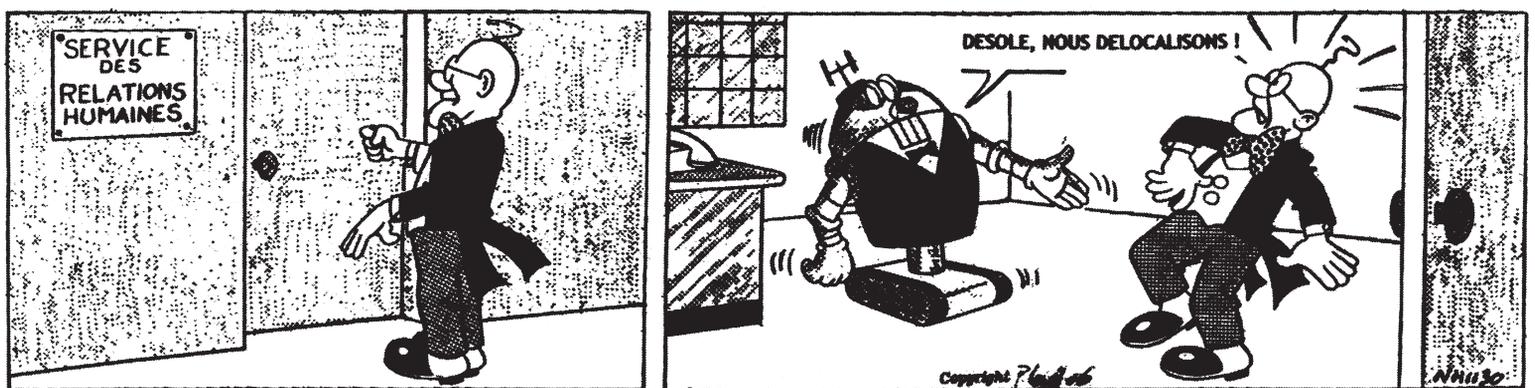
Je voudrais profiter de ce renouveau d'intérêt qu'ont les citoyens pour le parti des Démocrates Suisses (ex Action Nationale), qui traverse les années sans changer son fusil d'épaule. Jusqu'à présent ils avaient des sympathies pour l'UDC qui est partie sur des chapeaux de

roue pour investir le National et créer des sections cantonales, parce que les thèses de Christoph Blocher coïncidaient absolument avec celles des DS. Lorsqu'un parti perd des points au profit d'un cousin, il n'y a pas lieu de s'inquiéter puisque le but final est l'intérêt du pays. Mais gare aux faux-pas impardonnables qui ruinent vite plusieurs années d'efforts. Ainsi Christoph Blocher a commencé par ne pas soutenir le refus de l'article 261^{bis} du CO qui a de ce fait été accepté de justesse. Sa deuxième grosse bévue a été son attitude mitigée concernant Schengen et la libre circulation qui a aussi eu gain de cause lors des votations y relatives. Maintenant, le milliard promis par la socialiste Calmy-Rey aux pays de l'Est sous les pressions de l'U.E, fait l'objet de discussions abracadabrantes au sein de l'UDC, malgré le poids politique certain de l'ASIN.

Blocher se tait prudemment, devant les arguments économiques qui sont très peu convaincants lorsqu'on a tant soit peu une connaissance du fonctionnement financier, économique-politique de ces pays, gangrenés par les anciens communistes restés au pouvoir et qui sont des émules de Poutine, stalinien convaincu. Cela sent la magouille peu claire qui s'installe à l'UDC sapant la confiance des citoyens qui croyaient qu'avec Blocher au Palais fédéral, il y aurait un vent différent soufflant en faveur des Suisses de souche mal protégés vis-à-vis des réfugiés s'incrutant partout à leurs dépens. Si l'aile conservatrice de l'UDC remet cette question récurrente toujours d'actualité de l'asile et des étrangers mal intégrés à l'ordre du jour, cela est dû à la tragique situation financière du pays.

Mortalité infantile en Afrique

Ce thème revient souvent dans les médias de tous bords pour pleurer sur les milliers d'enfants africains qui meurent de malnutrition et surtout de SIDA transmis par leurs parents. Mais contrairement à ces déclarations, ce n'est pas cela qui tue les enfants, mais le paludisme, le chigugugna, et surtout les infections lors d'accouchements. Mais ces organismes de bienfaisance qui orchestrent des fonds pour guérir ces enfants, font-ils quelque chose contre le pire des fléaux, l'excision, la véritable cause des infections lors d'accouchements difficiles qui déchirent les vulves cousues, qui écorchent un vagin atrophié et infectent cette partie si vulnérable du corps féminin? Quand donc tous ces bien pensants s'attaqueront-ils aux vraies causes du mal?
Octopus



Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** +

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:

*Bernhard Hess, Nationalrat,
SD-Zentralpräsident, Bern (CR)*

*Rudolf Keller, Präsident
SD Basel-Land, Frenkendorf*

*Dr. Jean-Jacques Hegg,
Dübendorf (Leben und Umwelt)*

Dr. Dragan J. Najman, Baden

*Michael Strebel, Stein
(Junge Stimme)*

SD +

Schweizer Demokraten

**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

SD unterstützen Referendum gegen Ost-Milliarde

Die Schweizer Demokraten (SD) haben an ihrer Delegiertenversammlung vom 25. März 2006 in Olten die Unterstützung des Referendums gegen das Osthilfegesetz beschlossen. Ausserdem wollen die SD federführend das Referendum gegen die Aufhebung der Lex Koller ergreifen. Nationalrat Bernhard Hess, Bern, wird einstimmig als SD-Zentralpräsident bestätigt.

Nein zur Milliardenzahlung an die EU

Die SD-Delegierten lehnen die Milliardenzahlung der Schweiz an die neuen EU-Oststaaten entschieden ab und beschliessen ohne Gegenstimme, das Referendum gegen das neue Osthilfegesetz zu unterstützen.

Nein zur Aufhebung der Lex Koller

Nach einem engagierten Referat von e. Nationalrat Valentin J. Oehen, Köniz, zum Ausverkauf der Heimat beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) einstimmig, die Lex Koller zu retten. Die SD-Parteileitung wird beauftragt, die Referendums-Federführung gegen die völlige Freigabe des Grundstückserwerbs von Personen im Ausland vorzubereiten. Niemals werden die SD einen schrankenlosen Ausverkauf des Heimatbodens zulassen.

Bernhard Hess als SD-Präsident wiedergewählt

Einstimmig wird Nationalrat Bernhard Hess, Bern, als SD-Zentralpräsident wiedergewählt. Hess, der seit Juni 2005 im Amt ist, konnte auf ein erfolgreiches erstes Amts-

jahr zurückblicken. Die Referendumsabstimmung gegen die Ost-Personenfreizügigkeit ging zwar verloren, katapultierte aber die federführenden SD wieder aufs politische Parkett, konstatierte Hess. So konnten fast 500 neue SD-Mitglieder gewonnen werden und auch der Spendeneingang war so hoch wie in den letzten fünfzehn Jahren nicht mehr. Ausserdem gewinnen die SD auch wieder Wahlen, so kürzlich in der Stadt Zürich und bei verschiedenen Gemeindevahlen im Kanton Aargau, wo die SD erstmals in Rekingen sogar eine Gemeindepräsidentin stellen.

SD-Stimmfreigabe zum Bildungsartikel

Zum Bildungsartikel beschliessen die SD Stimmfreigabe.

*Roland Schöni,
SD-Zentralsekretär*

Die Schweiz braucht keine Zuwanderung aus Afrika

SD. Die Schweiz braucht keine Zuwanderung aus Afrika – heute nicht – und auch in Zukunft nicht. Eine Masseneinwanderung von armen, ungebildeten Afrikanern ist so ziemlich das Gegenteil von dem, was unserem Land nützen könnte. Die Einwanderung von Afrikanern bedeutet für die Schweiz in erster Linie Kosten und Belastungen aller Art. Auch ist eigentlich für jedermann klar, dass eine Integration von Afrikanern in unsere christlich-europäische Gesellschaft nur (wenn überhaupt) unter unsäglichen Mühen möglich ist. Ein warnendes und abschreckendes Beispiel ist die chaotische und

vertrackte Situation bei unserem Nachbarland Frankreich. Die Franzosen haben in den letzten Jahrzehnten die Kontrolle über die Einwanderung aus der **Dritten Welt** völlig verloren. Die Folgen sind Armut, Gewalt und Kriminalität aller Art in den Vorstädten. Frankreich ist selber vielerorts zur **Dritten Welt** geworden. Jüngstes schlagendes Beispiel ist der Mord einer schwarzen Vorstadt-Gang an Ilan Halili, einem 24-jährigen Unternehmer, der entführt und gefoltert wurde, um Geld zu erpressen. Die Jugendbande trägt den einprägsamen Namen «Die Barbaren» – da sollte eigentlich alles klar sein!

Nicht vergessen darf man, dass viele Afrikaner Muslime sind. Sie gehören also einer Religion an, von der Europa seit Menschengedenken nichts Gutes zu erwarten hat. Man denke nur an die arabische Besetzung Spaniens oder die Türken-Belagerungen Wiens. Und wen die Geschichte nicht überzeugt, der kann sich die tobenden und kriegslüsternden Scharen auch jeden Tag am Fernsehen ansehen. Darum ist es jetzt an der Zeit, mit allen Mitteln des politischen Kampfes zu verhindern, dass auch unser teures Vaterland zur **Dritten Welt** wird. Wir Schweizer Demokraten stehen in diesem Kampf an vorderster Front.



Bestellung Unterschriftenbogen

Referendum gegen die Ost-Milliarde

Leider müssen wir auch auf den **beiliegenden Einzahlungsschein** hinweisen. Ihre Spende wird ausschliesslich für das Referendum gegen die Ost-Schmiergeld-Milliarde verwendet. **Ich bestelle:**

____ (Anzahl) Unterschriftenbogen ____ deutsch ____ französisch ____ italienisch
____ Argumentarium, sobald vorhanden

____ SD-Zeitung Nr. 4/5 (Schwerpunkt Referendum Ost-Milliarde)

Name _____ Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

**Einsenden an: Schweizer Demokraten (SD), Postfach 8116, 3001 Bern,
Fax 031 974 20 11, E-Post: sd-ds@bluewin.ch**